

Standpunkte



Business needs Banking

Banken, Geld, Kredite: Eine unendliche Geschichte

4-21 SCHWERPUNKT BANKENWESEN

Die Finanzkrise rückte die Welt der Banken in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit. Anstatt Pleiten und ManagerInnenboni möchten wir Funktionsweise und Struktur des Systems diskutieren.

10 INTERVIEW MIT EWALD NOVOTNY

Der Gouverneur der österreichischen Nationalbank erklärt, was er von der Geldpolitik im Fall Griechenlands hält und warum Großbanken prinzipiell einem volkswirtschaftlichen Risiko ausgesetzt sind.

22 WER UNTERRICHTET DICH?

Jesus Crespo Cuaresma ist neuer ordentlicher Professor am Institut für Geld- und Finanzpolitik. Wir haben nachgefragt, was die Ökonomie zur Erklärung der Krise beitragen kann und was er an der WU eigentlich gut findet.

inhalt editorial

DIE STV BERICHTET

Studienengangsphase 124b, Veranstaltungen, Aktuelles
Von Dominik Bernhofer, Valerie Bösch und Romana Brait

Gastartikel von Elisabeth Springler

Selbstregulierung zur Stabilitätssteigerung der Finanzmärkte
und Sparen als Ausweg aus der Krise: keine Änderung am neoli-
beralen Paradigma

Notizen zur Genesis des Kredits

von Harald Zeidler und Christoph Machreich

Interview mit Ewald Nowotny

von Julia Janke und Hadi Hedayati-Rad

BUCHVORSTELLUNG

Mythen der Krise

Einsprüche gegen falsche Lehren aus dem großen Crash
von Katharina Muhr

Bankenexpansion gen Osten

Eine zeitgeschichtliche Analyse
von Franz Zobel

„V“ wie Finanzkrise

von David Ifkovits

Wir befinden uns im Jahre 2010 n. Chr. Das ganze Bankwesen wird von Profitmaximierung getrieben...

von Joshua von Gabain und Atilla Kilic

WER UNTERRICHTET DICH?

Interview mit Jesus Crespo Cuaresma
von Dominik Bernhofer und Christoph Steininger

Veranstaltungskalender

3 Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Der eine spart, der andere braucht Geld, das er noch nicht hat.
Das muss organisiert werden. Das nennt man Bank. So einfach ist
das.“ (Wolfgang Schäuble, Stern 48/2008)

4

Weil wir es uns nicht ganz so einfach machen wollen wie Herr
Schäuble haben sich die Redakteurinnen und Redakteure dieser
Standpunkteausgabe dem Thema Banken gewidmet. Bereits seit
Beginn der Finanzkrise steht der Bankensektor im Mittelpunkt der
öffentlichen Debatte. Die Diskussionen drehen sich jedoch meist
um Bankenpleiten, Rettungspläne, Verstaatlichungen und Mana-
gerInnenboni und vernachlässigen dabei strukturelle Aspekte der
Funktionsweise des Bankensektors. Oder wie Bert Brecht es einst
formuliert hat: „Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Grün-
dung einer Bank?“

10

Diese Ausgabe. In dieser Ausgabe betrachten wir Banken
und Geldpolitik aus verschiedenen kritischen Blickwinkeln. Zuerst
wirft Elisabeth Springler in ihrem Gastkommentar die Frage nach
den Lehren, die aus der Finanzkrise gezogen wurden, auf. Wel-
che Schuldigen wurden im Verlauf der Finanzkrise ausgemacht?
Welche Systemänderungen und neue Regulierungsformen sind zu
beobachten? Der nächste Artikel widmet sich dem Thema, wie das
Kreditsystem überhaupt entstanden ist und versucht im zweiten
Teil die Gegenwart mittels marxistischer Theorie zu analysieren.
Ewald Nowotny, der vermutlich einzige Österreicher der den Ti-
tel „Gouverneur“ trägt, stand uns Rede und Antwort zu den ak-
tuellen Entwicklungen im Finanzsektor. Außerdem spricht er über
Ursachen und Folgen der beinahe-Staatspleite Griechenlands. Der
nächste Artikel führt uns zurück in die Zeit der k. u. k. Monarchie.
Er zeigt die spannende Kontinuität des ökonomischen Imperialis-
mus österreichischer Banken im (Süd-) Osten Europas. Außerdem
beschäftigten uns die Selbstdarstellungsstrategien von Banken
in der Werbung. Besondere Formen des Bankenwesens werden im
letzten Artikel dieser Ausgabe diskutiert: Wie funktionieren isla-
mische Banken und was ist eigentlich Mikrofinanzierung? Darüber
hinaus wird das Buch ‚Mythen der Krise‘ vorgestellt, welches wir
euch sehr ans Herz legen möchten. Auf der letzten Seite infor-
miert wie immer der Veranstaltungskalender über interessante Er-
eignisse, Diskussionen und Vorträge in der näheren Zukunft.

13

14

16

18

22

Wir möchten uns herzlich bei den RedakteurInnen und der
ChefInnenredaktion für viele spannende Standpunkte Ausgaben
herzlich bedanken!

24

Das Arbeiten an der Zeitschrift hat uns großen Spaß gemacht
und wir hoffen dies überträgt sich auch auf den Leser/die Lese-
rin!

Die nächste Ausgabe. Die Redaktionssitzung für die nächste
Ausgabe findet Anfang des Wintersemesters statt. Falls du inter-
essiert bist mitzumachen und mitzudiskutieren, welche Themen
in der nächsten Ausgabe vorkommen sollen, schreibe uns ein Mail
an vwl-wu@reflex.at. Die bisherigen Ausgaben sind unter www.vwl-wu.at online abrufbar.

Valerie Bösch und Romana Brait (für die Redaktion)

IMPRESSUM: Ausgabe Nr. 7, Juni 2010
HERAUSGEBERIN: Studienvertretung VWL WU
CHEFINNENREDAKTION: Romana Brait und Valerie Bösch
REDAKTION DIESER AUSGABE: Dominik Bernhofer, David Ifkovits, Joshua
von Gabain, Hadi Hedayati-Rad, Julia Janke, Atilla Kilic, Christoph Mach-
reich, Katharina Muhr, Christoph Steininger, Harald Zeidler, Franz Zobel
LAYOUT: Ernest Aigner und Matthias Nocker | **FOTOS:** Eigene

Studienengangsphase 124b...

Der neue VW Studienplan ist da! Nachdem im Zuge der Debatten um §124b weitreichende Änderungen des Studienplans absehbar wurden, hat sich die Studienvertretung Volkswirtschaft gemeinsam mit interessierten KollegInnen in der „Arbeitsgruppe Studienplanreform“ zusammengefunden, um den Studienplan für Volkswirtschaft an der WU zu diskutieren. Bei insgesamt drei Treffen, haben wir detaillierte Vorschläge zum ersten und zweiten Abschnitt ausgearbeitet.

Zu den Eckpunkten des Vorschlages: Der erste Abschnitt wird auf ein Semester verkürzt und als Orientierungsphase ausgestaltet, deren Prüfungen explizit nicht als Knock-Out-Prüfungen zu missbrauchen sind. Im zweiten Abschnitt haben wir am gemeinsamen Studienplan mit Sozioökonomie festgehalten. Einerseits weil die Interdisziplinarität inhaltlich Sinn macht und andererseits auch weil die Umsetzung zweier getrennter Studienpläne zum gegebenen Zeitpunkt unrealistisch ist. Mit den zusätzlichen ECTS-Punkten aus dem ersten Abschnitt fordern wir zu allererst freie Wahlfächer im Ausmaß von 24 ECTS-Punkten, wie es in anderen Bakkalaureatsstudien üblich und sinnvoll ist. Überdies wollen wir im Schwerpunkt Volkswirtschaft das Seminar „Heterodoxe Ökonomie“ einführen, das es schon im Diplomstudienplan gab. Außerdem sollen die Spezialisierungen in den Schwerpunkten von Volkswirtschaft und Sozioökonomie auf 12 ECTS-Punkte ausgedehnt werden. Dies ermöglicht es, sich in verschiedene Themen weiter zu vertiefen. Eine wesentliche Verbesserung stellt auch die Einführung von mehreren Übungen (als Kombination zur jeweiligen Vorlesung) im Methodenbereich dar. Den fertig ausgearbeiteten Studienplan samt allen Details findet ihr auf: www.vwl-wu.at.

Nachdem der Antrag von Rektor Badelt zu §124b abgelehnt wurde, wird es ab dem Wintersemester 2010/11 verschärfte qualitative Zugangsbeschränkungen in Form von Sequenzierungen im 1. Abschnitt geben. Wir fordern – neben unserer prinzipiellen Ablehnung von Zugangsbeschränkungen jeglicher Form – eine **vernünftige Reform der Studienpläne!** In diesem Sinne werden wir unsere erarbeiteten Vorschläge in den nächsten Wochen der Studienprogrammleitung unterbreiten und uns dabei vehement für die Interessen aller KollegInnen stark machen.

Rückblick: Veranstaltungen

Podiumsdiskussion: Mythen der Krise - eine kritische Bestandsaufnahme

Die Studienvertretung Volkswirtschaft lud zur Präsentation des neuen Buchs von ATTAC und BEIGEWUM „Mythen der Krise“. Infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise haben sich eine Fülle von Interpretationen der Ursachen und Auswirkungen entwickelt. Einige Interpretationen davon, wie die Krise entstanden ist und welche Wirkungen sie haben wird werden in diesem Buch diskutiert und hinterfragt. Eine Buchrezension findet ihr in dieser Standpunkte-Ausgabe. Es diskutierten Helene Schuberth (OeNB, BEIGEWUM), Elisabeth Springler (WU, BEIGEWUM) und Beat Weber (OeNB, BEIGEWUM). Die Veranstaltung fand in Kooperation mit dem BEIGEWUM und der Studienvertretung Doktorat am 24. März statt.

Podiumsdiskussion: Soziale Krise in Europa

Die Ursachen und Folgen des „großen Crash“ rücken Verteilungsfragen in das Zentrum der politischen Auseinandersetzung. Die anhaltenden Diskussionen über die Budgetsanierung bestätigen diesen Eindruck. Es mehren sich im europäischen Zusammenhang die Zeichen für die Fortsetzung einer Politik, die Einkommensgefälle vertieft und den Druck auf Prekariisierte sowie Lohnabhängige erhöht. Was könnte ein soziales Europa gerade jetzt ausmachen? Was muss dafür an der polit-ökonomischen Ausrichtung der EU geändert werden? Welche Ansatzpunkte bestehen für einen alternativen Pfad der Budgetkonsolidierung in Europa? Diese und andere Fragen diskutierten Michaela Moser (Armutskonferenz), Werner Raza (Fachhochschule des bfi Wien) und Achim Truger (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung/IMK). Die Veranstaltung fand Kooperation mit dem BEIGEWUM, dem juridicum, dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und der Studienvertretung Doktorat am 15. April statt.

Selbstorganisierte Lehrveranstaltung 1:

Im Sommersemester 2010 organisierte die STV VWL der Uni Wien zusammen mit engagierten MitarbeiterInnen der STV VWL WU erstmalig selbst eine Lehrveranstaltung. Das Thema „Menschliches Verhalten in ökonomischen Theorien“ wurde aus einer interdisziplinären Perspektive beleuchtet, die philosophische, soziologische und psychologische Schwerpunkte beinhaltete. Außerdem wurden verschiedene ökonomische Blickwinkel zur Erklärung menschlichen Verhaltens thematisiert. Vortragende waren Eva Cyba, Ines Omann, Reinhard Pirker, Hermann Rauchenschwandtner, Peter Rosner und Karin Schönplugg. Am 11.06.2010 von 14.00-18.00 Uhr findet die letzte Einheit mit Karin Schönplugg als Vortragender statt. Nähere Infos unter www.vwl-wu.at oder <http://www.univie.ac.at/strv-vwl/selbstorganisierte-lehrveranstaltung/>

Wie jedes Semester gab es einen Heurigen, bei dem KollegInnen sich kennen lernen und zusammen einen Abend verbringen können. Der zweite Heurige, sowie die Spezialisierungsmesse finden Ende des Sommersemesters statt. Infos dazu gibt es per Mail oder auf der Homepage.

Selbst schreiben statt vorschreiben lassen!

Die nächste Redaktionssitzung findet zu Beginn des Wintersemesters statt. Wir freuen uns auf viele neue Ideen und Artikel! Wenn du Lust hast an den Standpunkten mitzuwirken schicke ein Email an vwl-wu@reflex.at oder komme einfach vorbei! Nähere Informationen unter www.vwl-wu.at (Rubrik Standpunkte)

Plenum der Studienvertretung

Cirka einmal im Monat findet ein Plenum der Studienvertretung statt, bei der zukünftige Veranstaltungen diskutiert und organisiert, sowie aktuelle Probleme und Anliegen der Studierenden diskutiert werden. Falls du bei der Studienvertretung VWL mitarbeiten willst, schreibe uns ein Mail an vwl-wu@reflex.at.

SoLv die Zweite

Nachdem die letzte Selbst-organisierte-LV (SoLv) so gut geklappt hat, wird es ab WS wieder eine SoLv geben. Die Organisation findet erneut als Kooperation der STV VWL WU und der STV VWL Uni Wien statt. Das Thema wird „Paradigmen und Utopien in der Ökonomie“ sein. Weitere Infos ab Ende Juni auf <http://vwl-wu.at/> und <http://univie.ac.at/strv-vwl/>

Das neoliberale Paradigma bleibt Selbstregulierung zur Stabilitätssteigerung der Finanzmärkte und Sparen als Ausweg aus der Krise

Gastartikel von Elisabeth Springler

Die Finanzkrise hat sich nicht nur in Europa im Vergleich zu den USA unterschiedlich entwickelt, sondern weist auch zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union unterschiedliche Ausprägungen auf. Im historischen Ablauf der Ereignisse waren die europäischen Staaten nach dem Ausbruch der Krise in den USA zunächst von ihrer fast unmittelbaren Betroffenheit erstaunt. Das Platzen der Immobilienkrise war nicht nur, wie erwartet, eine Krise der USA, sondern eine internationale Finanz- und Wirtschaftskrise.

Die Ursachen für diese unmittelbare Betroffenheit waren rasch in der engen Verflochtenheit der globalen Banken- und Finanzmärkte gefunden. Das Aufflammen von Hoffnung für alternative ÖkonomInnen, dass die geforderten wirtschaftspolitischen Änderungen in Form einer Re-Regulierung des Bankensektors auch zu einem Überdenken des herrschenden neoliberalen Paradigmas führen würden, wurden in der Folge jedoch enttäuscht. Das Credo nach dem Überwinden des vorläufigen Tiefpunkts der Krise scheint zu lauten: „*business-as-usual*“. Dass die Wirtschaftskrise noch nicht überwunden ist, sondern im Gegenteil weitere Instabilitäten in der EURO Zone sichtbar werden, wird an der Verschuldungskrise Griechenlands deutlich.

„halbherzige“ Suche nach „Schuldigen“

Die Entwicklungen der Finanz- und Wirtschaftskrise selbst wurden oft dokumentiert¹, sowohl von kritischen ÖkonomInnen², als auch von StandardökonomInnen – wobei hier jene ÖkonomInnen subsumiert werden, die in der Konzeption einer Gleichgewichtsanalyse argumentieren. Dabei seien unter anderem George Soros (2008) oder der Nobelpreisträger Paul Krugman (2009) in einem erweiterten Wiederabdruck von 1999 genannt. Beide wollen sich in Zeiten der Krise als Botschafter des regulativen Kapitalismus verstehen, sind jedoch in ihren ökonomischen Analysen Verfechter liberaler Gleichgewichtsmodelle.

Dennoch ist es auch für eine kritische Würdigung der Diskussion notwendig, die wesentlichen Stadien der Krise zu rekapitulieren: Nach dem Platzen der Immobilienkrise, die durch die Uneinbringlichkeit von zahlreichen Hypothekarkrediten in den USA deutlich wurde, war zunächst der Bankensektor und im Anschluß auch die Realwirtschaft von einem nachhaltigen und schweren Einbruch der aggregierten Nachfrage gekennzeichnet. Die Haushaltsverschuldung der US-amerikanischen Haushalte stieg bis 2006 auf 139% des verfügbaren Haushaltseinkommens an (OECD, 2008a). Vor dem Platzen der Krise trug diese konsumgetriebene Nachfragesteigerung wesentlich zur positiven wirtschaftlichen Entwicklung der USA bei. Die Folge waren Wachstumsraten des BIP die weit über der Performance der EU-

Mitgliedsstaaten lagen. Die amerikanischen Haushalte kämpften nun, nach dem Einbruch der Wohnungspreise, vielfach mit Überschuldung. Zwar sind nicht alle amerikanischen Bundesstaaten gleichermaßen vom Einbruch der Hauspreise betroffen, doch stieg auch in den letzten Monaten die Anzahl der Zwangsversteigerungen weiter an (RealtyTrac, 2010: Vergleich Februar 2009 zu Februar 2010).

Im Vergleich dazu wird die europäische Wirtschaft weiterhin vor allem durch den Einbruch beim inländischen Konsum (wie zum Beispiel in Deutschland und Österreich) am wirtschaftlichen Aufschwung gehemmt. Lediglich in Staaten wie beispielsweise Spanien und Großbritannien, sowie auch in zahlreichen neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, gab es einen Einbruch der Wohnungspreise. Jedoch sind auch hier unterschiedliche Kausalzusammenhänge zu beobachten. Während die spanischen Haushalte direkt durch ein rasantes Ansteigen der Haushaltsverschuldung betroffen sind – bereits 2006 stieg die Haushaltsverschuldung in Spanien auf über 140% des verfügbaren Haushaltseinkommens an (OECD, 2008b) – gilt Großbritannien als der Vorreiter der *mortgage backed securities* in Europa und ist somit vor allem von der Entwicklung dieser Titel negativ betroffen. Haushalte in den neuen Mitgliedsstaaten wiederum, sehen sich vor allem mit einem Einbruch in der Kreditvergabe konfrontiert, wodurch der steigende Bedarf nach Wohnungsneubau nicht gedeckt werden kann. Während die Immobilienpreisentwicklung in Österreich und auch in Deutschland im internationalen Vergleich während der Krise vergleichsweise stabil blieb, verdeutlichen Prognosen, beispielsweise jene der Österreichischen Nationalbank, die schwache Inlandsnachfrage. Während laut OeNB Prognose vom Dezember 2009 das gesamtwirtschaftliche reale Wachstum nach dem Einbruch von 3,5% im Jahr 2009 mit einem zaghaften Aufschwung von 1,2% beziehungsweise 1,6% in den Jahren 2010 und 2011 beziffert wird, steigt die private Konsumnachfrage um lediglich 0,6% beziehungsweise 0,9% in den nächsten beiden Jahren. Exportsteigerungen von 2,8% und 3,9% sollen wesentlich zum Aufschwung beitragen (OeNB, 2009). Somit zählt auch Österreich zu den Exportüberschußländern Europas. Durch Lohnzurückhaltung werden Exporte weiter gestärkt, während die Inlandsnachfrage hinterherhinkt.

Schuldige der Finanzkrise

Die vorangehende Boomphase war in den USA durch eine aktive staatliche Einflussnahme, die sich vor allem in der Erleichterung von Kreditvergaberichtlinien an Haushalte mit geringer Bonität, etwa in der Form von NINJA Krediten oder durch das Vordringen in den Subprime Markt mit *asset backed securities* niedergeschlagen hat. Im Fall

von NINJA Krediten werden an Haushalte, die weder über Einkommen (NI – No Income) noch über einen Job (NJ) oder Assets (A) verfügen, Wohnbaukredite vergeben. Geschäftsbanken haben trotz des hohen Ausfallsrisikos den Anreiz, derartige Kredit zu vergeben, nachdem gleichzeitig durch den Abschluss von *asset backed securities*, in diesem Fall *mortgage backed securities*, also der Verbriefung der Forderungen, ein Verkauf des Risikos an Zweckgemeinschaften (*special purpose vehicle*) erfolgt. Im Rahmen einer solchen Zweckgesellschaft wurden die erworbenen Hypothekentitel gebündelt und als CDOs (*collateralized debt obligations*) in verschiedenen Tranchen, je nach Risiko weiter verkauft. Durch dieses mitunter mehrstufige Verfahren, kam es, wie im Nachhinein durch die Notwendigkeit von Berichtigungen von Bilanzen im Geschäftsbankensektor evident, zu einer „Verschleierung“ des tatsächlichen Risikos des Portfolios. Weitere innovative Finanzinstrumente wie *credit default swaps* ermöglichten in der Folge die weitere Abwälzung des Risikos auf internationale InvestorInnen, zu denen Pensionsfonds, aber auch internationale tätige Geschäftsbanken gezählt haben. Diese haben ihre Assets nach der Bewertung dieser innovativen Finanzinstrumente gestaltet, die von einigen internationalen Ratingagenturen vorgenommen wurden – der Gedanke, dass es sich hier um einen nahezu vollständigen Wettbewerbsmarkt handelt, der zu einer neutralen marktlichen Preisfestsetzung führt, wurde mittlerweile selbst von LiberalisierungstheoretikerInnen und StandardökonomInnen aufgegeben. So beschreibt beispielsweise auch Soros (2008: 83ff), der bekannterweise selbst sein Vermögen mit Spekulationsgewinnen machte, dass die Ratingagenturen in den USA zusehends großzügiger wurden bei der Bewertung von CDOs und damit die Krise weiter anheizten, nachdem eine Kreditaufnahme quasi ohne Assets möglich war.

Aus diesen grob umrissenen Entwicklungen ergeben sich zwei Bedeutungen für den Bankensektor: Zum einen wird deutlich, dass die Krise, die in den USA ausgelöst wurde, auch Europa fast unmittelbar erreichte. Die Globalisierung der *finanzialisierten Welt*, in der Finanzinstrumente nicht mehr rein der Finanzierung von produktiven Investitionen dienen, sondern aus spekulativen Zwecken und damit um ihrer Selbst willen gehandelt werden, ermöglicht keine regionale Trennung der Märkte mehr. Kapital erweist sich als äußerst mobil. Zum anderen zeigt sich, dass die engen Verflechtungen das Ausfindigmachen der Schuldigen für den Ausbruch der Krise erschweren. Zahlreiche Mythen zu den Ursachen und Auswirkungen der Krise wurden seit dem Ausbruch der Krise von StandardökonomInnen propagiert, die von kritischen ÖkonomInnen de-konstruiert wurden (siehe Beigewum/Attac, 2009). Im Zentrum der Krisenursachenanalyse stehen

dabei folgende Mythen:

- Einerseits wird vielfach den amerikanischen Haushalten die Schuld am Ausbrechen der Finanzkrise zugeschoben. Es wird ihnen vorgeworfen, sich aus Gier nach Konsum und Eigenheim über die Maßen verschuldet zu haben. Der nun folgende steigende Kreditausfall ist die logische Konsequenz aus diesem Verhalten.
- Andererseits werden die Geschäftsbanken als Schuldige identifiziert, nachdem sie aus übermäßigem Profitstreben innovative Finanzprodukte eingesetzt haben und somit die Instabilität des kapitalistischen Systems erhöht haben.
- Weiters habe auch die Zinspolitik der Zentralbanken – hier vor allem die Federal Reserve Bank in den USA – durch zu niedrige Zinsen aktiv zur Überschuldung der Haushalte beigetragen.

Auffallend bei allen in standardökonomischen Analysen identifizierten Begründungen für die herrschende Finanz- und Wirtschaftskrise ist zum Einen, dass Verteilungsfragen, das Auseinanderklaffen der sozialen Klassen, welches sich in einem empirisch beobachtbaren kontinuierlichen Sinken der Lohnquote manifestiert, entweder nicht thematisiert wird oder als nicht relevant eingestuft wird. Zum anderen wird der Staat und damit die Verantwortung des öffentlichen Sektors zur Stabilisierung der Wirtschaft beizutragen, nicht beachtet. Liberalisierungspolitik steht damit weiterhin unumstritten im Zentrum des wirtschaftspolitischen Paradigmas. Dementsprechend sind auch die Maßnahmen der Re-regulierung des Banken- und Finanzsektors von einer verstärkten marktlichen Selbstregulierung geprägt. Dennoch haben die Vorschläge zur Reform der internationalen Finanzmärkte alternativen (heterodoxen) ÖkonomInnen (vor allem in keynesianischer Tradition) zunächst sowohl aus *wirtschaftstheoretischer* als auch aus *wirtschaftspolitischer* Sicht, Grund zur Hoffnung auf eine Veränderung des herrschenden Paradigmas gegeben.

Wirtschaftstheorie: kurzfristig alternative Konzepte

Aus wirtschaftstheoretischer Sicht wurden alternative Konzepte zum herrschenden neoliberalen Paradigma vor allem in der Diskussion um die Relevanz von Minsky's Instabilitätshypothese, die sich auch einem Wiederabdruck (2008) seines Werkes „*Stabilizing an unstable economy*“ aus dem Jahr 1986 widerspiegelt, gewürdigt. Im Zentrum steht dabei die Analyse einer systemischen Instabilität des Kapitalismus. Diese wird vor allem in Zeiten einer Hochkonjunktur deutlich, in der die Finanzierung von Investitionen von einer eher risikoarmen hedge Finanzierung zusehends in die risikoreicheren Kategorien spekulative und ponzi Finanzierung verschoben wird. Wird eine Volkswirtschaft von einem exogenen Schock erschüttert oder kommt es im

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Rahmen einer restriktiven Geldpolitik zu einem Steigen der Zinsen, sinkt das Verhältnis cash flow zu Verschuldung des Unternehmens, wodurch Investitionen teurer werden, absinken und zum Einbruch des Konjunkturzyklus beitragen. Das Wesen der kapitalistischen UnternehmerInnen in einer Hochkonjunktur die Unternehmenstätigkeit ausweiten zu wollen, um in der Zukunft höhere Profite zu erzielen, trägt zur initiativen Verschiebung des Verhältnisses von hedge SchuldnerInnen zu spekulativen und ponzi SchuldnerInnen bei. Besondere Brisanz erhalten diese Analysen, wenn zusätzlich vom Platzen einer Blase ausgegangen wird. Aufgrund der Tatsache, dass die Diskussion, um die Bedeutung von Minsky's Instabilitätsanalyse auch in standardökonomischen Kreisen geführt wurde, haben heterodoxe ÖkonomInnen in der Folge auf eine Veränderung des herrschenden Paradigmas gehofft und starke institutionelle Rahmenbedingungen als Form der Re-regulierung am Banken- und Finanzsektor gefordert. Doch was passierte auf wirtschaftspolitischer Ebene?

Wirtschaftspolitik: „neue“ Regulierungsformen

Neben dem starken fiskalischen Eingreifen der Nationalstaaten in Form von individuellen Stabilisierungsprogrammen, wurden, unmittelbar nachdem die negativen wirtschaftlichen Effekten der Krise auch in Europa deutlich wurden, zahlreiche Vorschläge zur Rekonstruktion der Regulierung des internationalen Bankensektors gemacht. Diese spannten den Bogen von einer Forderung des Verbots bestimmter innovativer Finanzprodukte wie CDOs, über die Forderung nach der Schaffung einer europäischen möglichst supranationalen Regulierungsbehörde, die als lender of the last resort dienen sollte und über ein unmittelbares Durchgriffsrecht auf dem internationalen Bankensektor verfügt, bis hin zu einer stärkeren Kontrolle der handelnden AkteurInnen der Wirtschaftspolitik – vor allem der Geschäftsbanken und der Ratingagenturen.

Vergleicht man die Forderungen und Vorschläge mit den nun umgesetzten Maßnahmen, so wird deutlich, dass sich an der Vorgangsweise der Vergangenheit nichts verändert hat. Wie vor der herrschenden Wirtschaftskrise steht Regulierung in Form von Informations- und Transparenzsteigerungen des Marktes im Mittelpunkt. Die marktlichen *Selbstregulierungskräfte* sollen unterstützt werden und asymmetrische Information verringert werden. Das Vertrauen in die „Märkte“ soll demnach durch Transparenz gesteigert werden und bei einem Fehlverhalten mit „Vertrauensentzug“ bestraft werden. Der Boom von Selbstregulierungsmaßnahmen ist vor allem nach dem Fehlverhalten von ManagerInnen und den Skandalen um den *Enron-Konzern* zu beobachten. Zur Stabilisierung der Finanzmärkte nach Bekanntwerden des Skandals um Enron, standen „*vertrauensstiftende Maßnahmen*“ im Mittelpunkt. Das *World Economic Forum* rief in diesem Zusammenhang das Jahr 2003 als „Jahr des Vertrauens“ aus. Der Fokus lag damals auf Maßnahmen der Selbstauskunft und Transparenzsteigerung etwa durch die Implementierung von Corporate Governance Mechanismen zur Steigerung des marktlichen Vertrauens. Nun, im Rahmen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise, sollen auf ähnliche Weise durch eine Verstärkung der Selbstauskunft und Transparenzsteigerung auch Ratingagenturen „reguliert“ werden. Demgegenüber scheiterten Maßnahmen einer internationalen Koordinierung und Stärkung von

Institutionen. Die Konsequenz aus diesen Entwicklungen ist, dass weiterhin die Verantwortung in der Sphäre des/r Einzelnen oder Privathaushalts bleibt, dessen/deren Aufgabe es zusehends wird, die Entwicklungen und Risiken auf den internationalen Finanzmärkten selbst abzuschätzen und als BürgerIn mit guter „*finanzieller Allgemeinbildung*“ die richtige Wahl zur Vorsorge aber auch über das Risiko bei eigenen Kreditformen und Anlageformen zu treffen. Die vorgeschlagene Finanzmarktreform von Präsident Obama in den USA, die nun Ende Mai ihre Zustimmung im Senat fand, versucht zwar neben der Steigerung der Transparenz am Finanzmarkt auch den institutionellen Rahmen zu stärken, etwa im Rahmen der direkten Möglichkeiten der Bankenaufsicht, ist aber gerade in diesen Bereichen einer starken Kritik ausgesetzt, sodass abzuwarten bleibt, welche Form der Umsetzung die Finanzmarktreform letztendlich erfährt. Während in den USA über eine konkrete Reform des Finanzmarktes diskutiert wird und diese zur Abstimmung kommt, ist man in Europa weiter mit der Schadensbegrenzung der herrschenden Krise konfrontiert.

Verschuldungskrise und die Sorge um die Eurozone

Die neuerliche Sorge um die Stabilität Europas und der Eurozone wurde zunächst durch die Verschuldungsposition Griechenlands vorangetrieben. Ein Schuldenstand von prognostizierten über 120% im Jahr 2010 gekoppelt mit einem Defizit von annähernd 10% (OeNB, 2010) hat zu einer weiteren Verschlechterung der Bonität des griechischen Staates geführt, die Zinsen nach oben getrieben und die Gefahr von einem Staatsbankrott dramatisch erhöht. Davon ist jedoch nicht nur Griechenland betroffen, sondern indirekt die gesamte Eurozone und die Sorge um die Stabilität der Währung wächst.

Die Reaktionen auf die griechische Situation erinnern teilweise an jene gegenüber den amerikanischen Haushalten beim Platzen der Immobilienkrise. Hier ist das Hauptaugenmerk zwar nicht auf die Verschuldung gerichtet, aber das Verhalten der Griechen, die scheinbar durch massive Steuerhinterziehung die Staatsfinanzen schmälern, wird auf europäischer Ebene angeprangert. Strukturmängel des griechischen Steuersystems seien hier unumstritten, dennoch sind auch hier unterschiedliche Aspekte der Wirtschaftsstruktur und -entwicklung zu beachten und es ist nicht möglich, die Schuld auf eine/-n wirtschaftliche/-n AkteurIn abzuwälzen. Die griechische Wirtschaft ist durch eine starke Konzentration auf Kleinunternehmen gekennzeichnet und durch eine vergleichsweise starke Ausprägung des landwirtschaftlichen Sektors. Bis dato war auch die EU Hilfe im Rahmen der Strukturfonds auf einen Systemerhalt und den Bevölkerungserhalt in ländlichen Regionen und auf den Inseln ausgerichtet. Förderungen sind nicht primär auf die Schaffung von Innovationen konzentriert, sondern auf die Schaffung von notwendiger Infrastruktur.

Die Situation in Griechenland ist nicht neu. Schon vor dem Eintritt in die Eurozone, hatte Griechenland mit Verschuldungsraten von über 100% zu kämpfen. Auch die Struktur des Steuersystems hat sich nicht nachträglich negativ verändert, sondern hat noch immer mit den gleichen Problemen zu kämpfen. Griechenland, als Kohäsionsland, gilt seit dessen Eintritt in die europäische Union Anfang der 80er Jahre als „armes“ Mitgliedsland, welche auf Gelder aus den EU

Strukturfonds zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung angewiesen ist. Anzuprangern ist daher weniger die derzeitige wirtschaftliche Lage in Zeiten der Rezession, sondern eher die mangelnde strukturelle Anpassung der letzten Jahrzehnte.

Die Krise in Griechenland hat jedenfalls die Schaffung eines Schutzschilds zur Stärkung der Eurozone ausgelöst. Bis zu 750 Milliarden EURO sollen demnach - durch eine Kooperation von nationalstaatlichen Hilfen, Geldern der EZB und der Europäischen Union - Staaten in fiskalischen Schwierigkeiten im Bedarfsfall als Schuttschild zur Verfügung stehen. Die Diskussion um die Bereitstellung von Geldern war langwierig, die Ergebnisse scheinen vor allem wieder den Banken zu Gute zu kommen und nicht jenen, die von den negativen Auswirkungen steigender Staatsverschuldung und den eingeleiteten Gegenmaßnahmen betroffen sind, nämlich den Haushalten. Diese werden durch massive Einsparungen bei den staatlichen Ausgaben, Einkommenskürzungen und Steuererhöhungen weiter belastet. Während sich die unmittelbare Hilfe vor allem auf Garantien bezieht, damit die Handlungsfähigkeit des Staates weiter gewährleistet wird, haben die konkreten Maßnahmen einen stark prozyklischen Charakter, sodass man sich fragen muss, wie die Krise mit Hilfe dieser Mittel überwunden werden soll. Auf europäischer Ebene will man aus Angst vor steigenden Defiziten und Verschuldungsraten in weiteren EUOLändern ebenfalls einen drastischen Sparkurs vorantreiben und die Ausgaben der Stabilitätsprogramme, die seit Anfang 2009 schlagend wurden, zurückschrauben.

Fazit: Welche Systemänderungen sind zu beobachten?

Kurz gesagt: keine. Nach einer kurzfristigen Ausweitung von fiskalischen Maßnahmen, kehrt man zusehends zu einem „business as usual“ zurück und sieht neoliberale Wirtschaftspolitik weiterhin als fest verankertes Paradigma. Alternative heterodoxe Wirtschaftspolitik hat zwar kurzfristig den Weg aus der Isolation geschafft und Einzug in die tägliche wirtschaftspolitische Debatte erhalten, eine nachhaltige Veränderung hat sie aber - nach Bewertung der derzeitigen Vorschläge und deren Umsetzungsgrad - nicht bewirken können.

Welche neuen Regulierungsformen sind zu beobachten? In Europa derzeit keine. Diskussionen um die Schaffung einer starken europäischen Aufsichtsbehörde scheitern am Koordinierungsmangel der Mitgliedsstaaten aber auch an teilweise durchaus begründeter Angst vor einem Souveränitätsverlust der Nationalstaaten. Die Finanztransaktionssteuer erweist sich als Dauerbrenner in der wirtschaftspolitischen Diskussion, erscheint jedoch ohne eine starke internationale Koordinierung (Europa, USA und asiatische Märkte) kaum zielführend. Selbstregulierung, Transparenzsteigerung und der Glaube an die Selbstheilungskräfte des Marktes hingegen scheinen nach dem ersten Schock über den Ausbruch der Krise zurückgekehrt zu sein.

Welche längerfristige Verantwortung übernehmen die Nationalstaaten zur Stabilisierung der Wirtschaft? Keine, denn ihnen sind die Hände gebunden. Geldpolitische Maßnahmen liegen im Rahmen der EZB und müssen der wirtschaftlichen Entwicklung aller Mitgliedsstaaten der EURO Zone Rechnung tragen, die sich in unterschiedlichen Stadien der Krise oder vielleicht auch schon des Aufschwungs

befinden. Auch die fiskalpolitischen Maßnahmen müssen wiederum zurückgeschraubt werden, aus Sorge um die Stabilität des EURO, wodurch es abermals zu einem Einbruch bei Konsum und Investitionen kommen kann. Die Lohnpolitik hat sich in einigen Staaten (zum Beispiel Deutschland und Österreich) in den letzten Jahren bereits als sehr zurückhaltend erwiesen und es wird auf eine Exportsteigerung abgezielt, wodurch ein abermaliger Druck auf den heimischen Konsum ausgeübt wird und gleichzeitig auch das Potential wirtschaftlicher Entwicklung in wirtschaftlich schwächeren Staaten der Eurozone dezimiert wird.

Vor diesem Hintergrund können heterodoxe ÖkonomInnen nur ein düsteres Bild bezüglich der weiteren Stabilität des kapitalistischen Systems zeichnen.



Elisabeth Springler war Universitätsassistentin und ist derzeit Lektorin am Institut für Geld- und Finanzpolitik des Departments für Volkswirtschaftslehre. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen postkeynesianische Geldtheorie und -politik, Europäische Integration und wirtschaftspolitische Fragen der Wohnungswirtschaft.

Endnoten

¹Einen kritischeren Blick wirft unter anderem Turner (2008) auf das Platzen der Hauspreisblase in den USA.

²Siehe unter anderem die Diskussion im Debattenforum vom Kurswechsel 2/2008, 4/2008, 2/2009, den Heftschwerpunkt „Krise in Europa“ von 1/2010.

Literatur

- Beigewum/Attac (2009). Mythen der Krise. Einsprüche gegen falsche Lehren aus dem großen Crash, VSA: Verlag Hamburg.
- Krugman, Paul (2009). The Return of Depression Economics and the Crisis of 2008. W.W. Norton & Company: New York.
- Kurswechsel (diverse Ausgaben 2/2008, 4/2008, 2/2009, 1/2010).
- Minsky, Hyman (2008). Stabilizing an unstable economy, McGraw Hill: United States.
- OECD (2008a). Economic Surveys: United States. Paris.
- OECD (2008b). Economic Surveys: Spain. Paris.
- OeNB (2009). Gesamtwirtschaftliche Prognose der OeNB für Österreich 2009 bis 2011 vom Dezember 2009, http://www.oenb.at/de/geldp_volksw/prognosen/makroprognose/gesamtwirtschaftliche_prognose.jsp
- OeNB (2010). Statistische Daten, Internationale Vergleiche online: http://www.oenb.at/de/stat_melders/datenangebot/internat_vergleiche/haushalte/oeffentliche_haushalte.jsp#tcm:14-149060
- RealtyTrac (2010). U.S. Foreclosure Market Report, February 2010. <http://www.realtytrac.com/contentmanagement/pressrelease.aspx?channelid=9&itemid=8695>
- Soros, George (2008). The New Paradigm for Financial Markets. The Credit Crisis 2008 and what it means. Public Affairs: New York.
- Turner, Graham (2008). The Credit Crunch. Housing Bubbles, Globalisation and the World-wide Economic Crisis, Pluto Press: London.

Notizen zur Genesis des Kredits

Aufgebahrt auf dem Totenbett liegt er da, begafft von einer aufdringlichen Schar fassungsloser, flehender, bisweilen weinender Gesichter, der gute alte Herr Kredit. Die herrschende Zahlungsmoral hat ihn dahingerafft – ins Grab gebracht! Doch, oh Weh oh Jammer, ist es denn des Unheils nicht genug? Langsam rollend über die Hügel, Wälder und Äcker hinweg, in ihren drohendsten Klängen dringt die üble Kunde, die Glocken laden zum letzten Geleit, zur Stunde, so wird überall verkündet, sei aller Kredit gestorben! von **Harald Zeidler** und **Christoph Machreich**

Diese dramatische Szene des hinscheidenden Herrn Kredits war im 17. Jahrhundert ein sehr populäres Motiv satirischer Flugblätter. Die Abbildungen mit ihren anklagenden Reimen, scheinen kaum an Aktualität eingebüßt zu haben, doch meinen sie nicht unbedingt Kredite im modernen Sinn, eher dem Volk gewährte und aus Mangel an Münzgeld ausbleibende Alltagskredite für Brot, Bier und alles was es sonst so brauchte (Braudel 1985: 479).

Geld – Eine Mangelware

Ganz Europa litt über Jahrhunderte hinweg an einem strukturellen Edelmetallmangel. Das ist insofern wichtig, da es sich im Gegensatz zu unserem Geld früher nicht um willkürlich bedruckte Scheiben und Scheine handelte die sich unbegrenzt vervielfältigen ließen, sondern um Münzen mit einem bestimmten Edelmetallgehalt. Nicht nur wegen des hohen Eigenwerts der Münzen waren sie im Alltagsgebrauch selten, wenn nötig konnte auch die Geldmenge nur mit größter Mühe erhöht werden, zudem ist dieses Vorhaben immer technischen wie natürlichen Beschränkungen unterworfen. Um für wichtige Bezahlungen in Notzeiten vorzusorgen, kommt zu den erwähnten Restriktionen, dass qualitativ hochwertige Münzen gerne gehortet und aus dem Verkehr gezogen werden (Greshams Gesetz). Sogar Adam Smith sieht sich gezwungen Herr dieses drückenden Problems zu werden, er kreuzt die Klinge mit bedauernswerten Zeitgenossen die in weiser Voraussicht schlechter Zeiten ihre Reichtümer im Wald vergruben und dort so manches prachtvolle Goldstück den Waldgeistern opferten – verloren, seinen segensreichen Dienst im Wirtschaftsleben verhierten.

Aufschwung mit Hindernissen

Wie sehr das Münzgeld an allen Ecken und Enden fehlte verdeutlicht eine Schätzung des Historikers Craig Muldrew der die englische Gesellschaft gegen Ende des 16. Jahrhunderts studierte. In jener Zeit erhöhte sich der Münzbedarf durch regen Handel um sage und schreibe 500%, im Gegenzug konnte die Geldmenge wegen der knappen Edelmetalle aber nur um 63% erweitert werden.

Bei aller Vorsicht diesen Zahlen gegenüber ist ein Missverhältnis von fast 8:1 keine Kleinigkeit, außerdem sollen sie den Blick schärfen für die Dimensionen des rasanten Aufstiegs der italienischen Handelsstädte im Windschatten der Kreuzzüge. Innerhalb weniger Jahre schwangen sich Städte wie Genua und Venedig zum Dreh- und Angelpunkt des gesamten europäischen Orienthandels auf, welch tiefer Graben tat sich auf zwischen kaufmännischer Ambition und den kläglichen Möglichkeiten des Münzwesens – man kann es wegen der schlechten Datenlage nur erraten!

Die Schrift – Hebel der Kaufleute

Um über die Möglichkeiten des konventionellen Münzwesens hinausragende Transaktionen stemmen und ihre herrschende Stellung behaupten zu können, vollzog sich in den italienischen Handelsstäd-

ten ein erstaunlicher „Medienwechsel“. Die sinnlich wahrnehmbare, handgreifliche Welt der klingenden Münzen, wurde ersetzt durch eine Welt des Buches, einer Welt der Schrift, deren Spielregeln durch kulturellen Erwerb erlernt und angewendet werden können. Allein schon wegen der unwahrscheinlich großen Zahl unterschiedlichster Geschäftsfälle und die unregelmäßigen Zahlungen der KundInnen erforderte eine systematische Verschriftlichung des Geschäftsprozesses. Um den Überblick über die teils komplizierten Schuldverhältnisse nicht zu verlieren wurde im Genua des 13. Jahrhunderts sogar bereits die doppelte Buchhaltung erfunden.

Vom Geldwechsel zum Bankwesen

Ebenfalls penibel Buch über jeden ihrer Geschäftsfälle führte auch die Zunft der GeldwechslerInnen (Campsors), die nicht nur, wie ihr Name schon sagt Geld wechselten, sondern auch Wertsachen und Vermögen ihrer KundInnen sicher aufbewahrten. Die Wandlung von einfachen KustorInnen hin zu Bankiers verlief in Italien über die erwähnten Geschäftsbücher der WechslerInnen – nur sie erlaubten die Überweisung von Eigentum (Geld) innerhalb ihrer Aufzeichnungen. Einmal eingelagert in den Schatzkammern, zirkulierten bald größere Geldsummen nur noch virtuell innerhalb der Buchführung und etablierten ein weit verbreitetes „Girokontensystem“. Der gesamte lokale Markt machte Gebrauch von diesem bargeldlosen Geldtransfer, von HandwerksmeisterInnen bis zu TuchhändlerInnen und AristokratInnen waren alle Wohlhabenden und Kaufleute eingebunden. Die auf diese Weise ruhig gestellten und nicht benötigten Münzmengen im Besitz der Wechslerbankiers fanden nun eine „Doppelverwendung“ in der Geldleihe und waren speziell im überregionalen Handel bedeutsam. Während sich im städtischen Umfeld jedeR kannte und um die Kreditwürdigkeit der MitbürgerInnen wusste, stand man im internationalen Geschäft Fremden gegenüber deren Integrität man sich nie sicher sein konnte. Banken traten hierbei als vertrauenswürdige Vermittlerinnen auf. Um in einer anderen Stadt bei einer Bank Geld zu bekommen suchte man die/den Campsor des Vertrauens und bat ihn/sie einen Wechsel auszustellen. DieseR verfasste eine Urkunde in der er/sie der andernorts auszahlenden Bank beglaubigte den bezogenen Betrag zu gegebener Zeit zurückzuzahlen. Erst im 16. Jahrhundert begann sich der Wechsel von den Campsors zu lösen und ging in seine moderne unbegrenzt handelbare Form des Wertpapiers über.

G – W ... P ... W` – G`???

Bisher beschäftigte sich der Artikel mit Geld und Kredit in vor-kapitalistischen Zeiten. Nun widmen wir uns der in der Überschrift skizzierten Form des Wirtschaftssystems, und das weil wir uns nun im Kapitalismus befinden. Karl Marx hat diesen analysiert, wobei nicht seine gesamte Analyse dargelegt werden soll, sondern vor allem das Kreditwesen beleuchtet wird. Bei $G - W \dots P \dots W' - G'$ handelt es sich um die erweiterte Darstellung von $G-W-G'$. In der Zirkulation

(W-G-W), d.h. im Händewechsel von Ware gegen Geld und von Geld gegen Ware kann kein Wert zugesetzt werden (Marx 1969: 171-181). Die Verwertung des Wertes kann nur erfolgen, weil der/die KapitalistIn als Subjekt der oben angeführten Bewegung (G-W-G⁻) am Markt die Ware Arbeitskraft vorfindet, die die Eigenschaft hat mehr Wert zu schaffen als sie selbst hat (Marx 1969: 181-191). Wir sehen in der obigen Darstellung, dass die Verwertung eben in der Produktion (P) von statuten geht (W wird zum wertmäßig größerem W⁻).

Die WarenhandlungskapitalistInnen und GeldhandlungskapitalistInnen hingegen vollbringen ihre Funktion in der Zirkulationssphäre (W-G-W), produzieren daher keinen Mehrwert, haben aber trotzdem Anspruch auf den gesellschaftlichen Durchschnittsprofit. Die gesamte Mehrwertmasse wird auf die Kapitalien der in der Marx'schen Darstellung „neu hinzu gekommenen“ WarenhandlungskapitalistInnen (kommerzielle KapitalistInnen) und auf die industriellen KapitalistInnen aufgeteilt. Das industrielle und das kommerzielle Kapital werden als fungierendes Kapital bezeichnet, im Gegensatz zum Geldhandlungskapital. Wir erläutern zunächst die Kreditvergabe zwischen fungierenden KapitalistInnen, den kommerziellen Kredit, und anschließend die Kreditvergabe durch das Geldhandlungskapital.

Kommerzieller Kredit

Um den Verwertungsprozess von Neuem zu beginnen muss die industrielle Kapitalistin also ihr W⁻ auf dem Markt gegen Geld, eben G⁻, realisiert haben. Der Käufer ihrer Ware sei ein Händlerkapitalist, der die Ware gemeinsam mit anderen weiterverkauft und unserer Kapitalistin gerne erst später zahlen würde. Er gibt ein Versprechen auf spätere Zahlung – stellt also einen Wechsel aus.

Unsere industrielle Kapitalistin möchte wieder produzieren (lassen) und zum neuerlichen Start ihrer Kapitalbewegung G-W-G⁻ Arbeitskraft, Rohmaterial usw. ankaufen. Da sie das Geld vom Händlerkapitalisten erst zu einem späteren Zeitpunkt (hoffentlich) bekommt, versucht sie der Verkäuferin des Rohmaterials weis zu machen, dass der Händler ihr später das Geld geben wird, das sie ihm dann weiterreichen würde. Das ist der Produzentin des Rohmaterials zu unsicher. Wer weiß, ob der Händler ans Publikum verkaufen wird können. Damit die Produzentin des Rohmaterials den Wechsel annimmt, muss dieser umlauffähiger gestaltet werden. Dies erfolgt einerseits durch Akzept (die Bank des Schuldners erklärt sich dazu bereit, das Geld zum Fälligkeitstag zu zahlen), durch Indossament oder durch Diskontierung. Bei dieser erhält die Bank der Gläubigerin den Wechsel, d.h. die Forderung, und die Gläubigerin erhält dafür Banknoten oder es wird ein Konto auf ihren Namen eröffnet. Die Rohmaterialproduzentin hat ihre Wechselforderung aufgrund des zeitlichen Auseinanderfallens von Verkauf und Zahlung aufgebaut. Weil ihre Ware Bestandteil ihres Kapitals in der Form des Warenkapitals ist, erwartet sie sich einen Zins auf den Wechsel.

Kreditvergabe von GeldkapitalistInnen

Der kapitalistische Gesamtprozess erfordert eine „freiwillige und funktionsmäßige Schatzbildung“ (Knolle-Grothusen 2009: 144) als Fonds der Kauf- und Zahlungsmittel und als Amortisationsfonds des fixen Kapitals, außerdem als Reservefonds, um Stockungen zu überbrücken und als Geldakkumulationsfonds (dient der erweiterten Reproduktion durch Mehrwertakkumulation). Der Kredit ökonomisiert also den Gesamtprozess des Kapitals, indem das für die EigentümerInnen nicht als Kapital fungierende Geld bei den Banken gesammelt und als Kapital verliehen wird. Es kommt zur Trennung von Kapitaleigentum und Kapitalfunktion. Damit scheint der Zins auch aus dem Kapitaleigentum zu entspringen. Während Geld im Zirkulationsprozess nur als Geld und nicht als Kapital fungiert, wird Geld in der Gesamtbewegung deren Subjekt der/die KapitalistIn ist durch die Verleihung an KapitalistInnen von vornherein als Kapital bestimmt. Der falsche Schein, dass der Mehrwert dem Kapital in allen drei Formen, dem produktiven Kapital (P), dem Warenkapital (W) und dem Geldkapital (G), entspringt, rührt auch daher, dass das Geldkapital in den Händen der GeldhandlungskapitalistInnen konzentriert ist, und sich dort die Kapitalvermehrung unter Auslöschung des dazwischenliegenden Produktionsprozesses als G-G⁻ zeigt. Wie beim Warenkauf kauft auch der Borger des Geldes „dessen Gebrauchswert als Kapital; aber was zahlt er?“ (Marx 1983: 365). Als realisiertes Kapital hat es der Borger zurückzahlen, also als Wert plus Zins. Letzterer kann nur ein Teil des Mehrwerts sein, sonst hätte das Kapital keinen Gebrauchswert für den Käufer (ebda., 365). Die Bezeichnung des Zinses als Preis des Kapitals ist eine irrationale Form. Der Preis einer Ware schwankt durch Angebot und Nachfrage um ein Zentrum, das vereinfacht gesagt durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit reguliert ist. Der Zins kennt keine solche Bestimmung, es wirkt lediglich die Konkurrenz zwischen zentralisiertem Geldkapital und fungierendem Kapital. Der Zins spielt außerdem, neben anderen außerhalb des Produktionsprozesses liegenden Faktoren wie den Erwartungen und Spekulationen, eine wichtige Rolle bei der Preisbestimmung des fiktiven Kapitals.

Harald Zeidler und Christoph Machreich
studieren Volkswirtschaft an der WU Wien

Literatur

- Knolle-Grothusen, Ansgar (2009): Der Zusammenhang von Geldfunktionen und Geldformen im Kapital. In: Knolle-Grothusen, Ansgar, Krüger, Stephan und Wolf, Dieter: Geldware, Geld und Währung. Hamburg: Argument Verlag
- Marx, Karl (1969): Das Kapital – Band I. MEW 23. Berlin: Dietz Verlag
- Marx, Karl (1983): Das Kapital – Band III. MEW 25. Berlin: Dietz Verlag
- Inhaltliche Vorlage des vorindustriellen Textteils ist die VO „Die Sprache des Geldes“ von Wolfgang Pircher (2009)
- Fernand Braudel (1985): Sozialgeschichte des 15. – 18. Jahrhundert. Der Alltag. München: Kindler Verlag

„Wir finanzieren keine Staatsdefizite“

Interview mit Ewald Nowotny

Ewald Nowotny spricht über die Rolle der Zentralbanken in der Wirtschaftskrise, Liquiditätskrisen, Regulierung, sowie die Koordination zwischen Geld- und Finanzpolitik in der Europäischen Union. Außerdem beantwortet er Fragen zum Problem der Ratingagenturen in der Krise und zur Schuldenkrise Griechenlands. Die Fragen stellten **Julia Janke** und **Hadi Hedayati-Rad**

Was halten sie persönlich vom Kauf der Staatsanleihen? Wo sehen Sie hierbei die Vorteile für die Stabilisierung des Euro-Raums? Haben sie Bedenken? Ihr Kollege Axel Weber hat sein Bedenken wegen der Stabilitätsrisiken ausgesprochen.

Also erstens muss man davon ausgehen, dass die derzeitige Politik der EZB keine prinzipielle Änderung darstellt. Wir finanzieren keine Staatsdefizite, sondern wir intervenieren - im Rahmen einer geldpolitischen Aktion - auf Märkten, die nicht entsprechend funktionieren. Zum Zweiten ehe ich nicht, dass sich mit dieser Aktion stabilitätspolitische Risiken herausbilden würden. Derzeit ist eine Geldmengenerhöhung auf die Preisentwicklung nicht wirksam, weil sie sich nicht in erhöhter Nachfrage niederschlägt. Es ging ja eher darum dem Bankensektor ausreichend Liquidität zur Verfügung zu stellen. Für den Fall, dass es Preisrisiken geben könnte, stehen der EZB entsprechende Instrumente zur Sterilisierung der Geldmenge zur Verfügung und der EZB-Rat hat in einer Stellungnahme angekündigt, noch weitere Instrumente dafür zu entwickeln. Das heißt die Geldmengenentwicklung ist absolut im Griff.

War früher der Aspekt der Unabhängigkeit nicht der Grund, warum der Anleihenkauf seitens der EZB gesetzlich nicht erlaubt war? Ist die Unabhängigkeit der EZB nicht in Gefahr?

Die Unabhängigkeit der EZB ist völlig unbestritten. Es gibt sicherlich keine Notenbank der Welt, die unabhängiger ist als die EZB, weil das Statut der EZB ja Teil der europäischen Verträge ist. Dies könnte nur in Einstimmigkeit aller Europäischen Staaten geändert werden, während die nationalen Notenbanken ihre Unabhängigkeit auf der Basis der nationalen Gesetzgebung besitzen. Das heißt die EZB war und ist völlig unabhängig. Die Aktion, die jetzt gesetzt wurde, ist eine geldpolitische Maßnahme, um Fehlentwicklungen von Märkten zu korrigieren. Das ist eine Schlüsselentscheidung, die vom EZB-Rat beschlossen wurde. Erforderlich und sinnvoll ist künftig, eine verstärkte Koordinierung zwischen Geldpolitik und Finanzpolitik. Das heißt, dass auch die EZB beim Einsatz ihrer Instrumente darauf besteht, dass die grundlegenden Probleme in den öffentlichen Haushalten der einzelnen Staaten gelöst werden müssen. Konkretes Beispiel: Das Programm für Griechenland, bei dem EZB, Kommission und IMF gemeinsam den Fortschritt des Programms kontrollieren.

Wir haben im Euroraum eine zentrale Geldpolitik und eine dezentrale Fiskalpolitik. Würden Sie eine Zentralisierung der Fiskalpolitik der Euroländer für sinnvoll oder problematisch erachten? Würden die Länder zustimmen? Ist das politisch schwer umsetzbar?

Das Element der Koordinierung ist der Wachstum- und Stabilitätspakt. Der ist ja quasi ein Kernbereich einer Koordinierung der Finanzpolitik. Was man aus der Krise gelernt hat ist jedenfalls, dass man mit diesem Mechanismus sehr viel früher beginnen muss. Wir haben jetzt auch Verfahren entwickelt, um die Durchsetzbarkeit des Stabilitätspakts früher und rascher zu kontrollieren. In diesem Sinn

wird es sicher eine gewisse Zentralisierung geben. Es wäre aber eine Illusion zu glauben, dass man sehr rasch zu einer einheitlichen Finanzpolitik über gehen kann.

Das Konzept einer europäischen Ratingagentur wird immer wieder diskutiert. Wie realistisch ist die Etablierung einer solchen Institution? Was halten Sie von der Monopolstellung der amerikanischen Agenturen (Standard & Poors oder Moody's) und ihren Fehleinschätzungen? Wie viel Politik und Lobbyismus sind hierbei im Spiel? Wie ernsthaft sind die Euroländer daran interessiert eine eigene europäische Ratingagentur zu etablieren?

Es gibt zweifellos eine Vielzahl von berechtigter Kritik an Ratingagenturen. Es gibt auch schon seit längerem die Diskussion, eine europäische Ratingagentur zu etablieren und damit das amerikanische Oligopol zu durchbrechen. Ich darf persönlich berichten, dass ich in meiner früheren Funktion als Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank Mitglied einer Arbeitsgruppe war, die genau die Richtung einer europäischen Ratingagentur vorbereiten sollte. Wir waren leider nicht erfolgreich. Die Vorgabe war, diese Ratingagentur privatwirtschaftlich zu organisieren, wie auch die amerikanischen Ratingagenturen privatwirtschaftlich organisiert sind. Sie sind meistens Tochtergesellschaften von großen Verlagshäusern. In Europa war es nicht möglich TrägerInnen dafür zu finden, deshalb bin ich der Meinung, dass man es möglicherweise in Form einer öffentlichen Stiftung konzipieren müsste, die dann auch wirklich mit voller Unabhängigkeit agieren kann.

Glauben Sie eine europäische Ratingagentur konnte ein sinnvolles Gegengewicht zu den privatwirtschaftlich organisierten amerikanischen Agenturen bilden? Hätte man so etwas wie eine öffentlich rechtlich geführte Ratingagentur?

Man muss hier die richtigen Dimensionen sehen. Eine gut funktionierende Ratingagentur ist wie ein Fieberthermometer. Das heißt es ändert nichts an dem Fieber. Es nützt auch nichts Dinge zu beschönigen. Eine europäische Ratingagentur müsste auch aufzeigen, wo es Probleme gibt. Wo dagegen ein gewisses Misstrauen besteht, ist dass man im derzeitigen System für unterschiedliche Personen unterschiedliche Fieberthermometer verwendet. Drei Aspekte sind wesentlich (eine klare Gleichbehandlung, klare nachvollziehbare Strukturen bezogen auf die Arbeitsweise, Einsatzgebiet). Eine solche europäische Ratingagentur würde zunächst nicht für sämtliche Bereiche eingesetzt werden, sondern es ist primär eine Frage der Beurteilung der öffentlichen Verschuldung und hier muss etwa die Wirkung der wirtschaftspolitischen Programme berücksichtigt werden. Wir haben zum Teil andere Strukturen als in den USA. Die speziellen Kenntnisse der Strukturen sollten helfen, ein realistischeres Bild zu geben. Undprinzipiell, wer immer eine Ratingagentur betreibt, kann sie nur betreiben, wenn er Vertrauen erwirbt und das erwirbt man nur durch fundierte realistischen Aussagen.

Welche Rolle schreiben Sie den Privatbanken bei der Finanzierung der griechischen Staatsverschuldung zu? Wir wissen, dass IMF und die Euroländer den wesentlichen Teil dazu beitragen, aber es haben sich auch Privatbanken dazu geäußert, dass sie mithelfen wollen. Ist eher das private Interesse dieser Banken im Vordergrund oder gibt es bei ihnen so etwas wie „good will“?

Ich glaube es gibt hier durchaus ein Eigeninteresse der Banken,



eine negative Entwicklung in Griechenland zu verhindern. Und daher gibt es auch die Bereitschaft der Banken ihre Kredite, die sie nach Griechenland vergeben haben, nicht abzuziehen und wenn sie fällig werden zu verlängern. Wir haben im Bezug auf Zentral- und Südost-europa ein ähnliches Abkommen geschlossen, als wir vor einem Jahr auch eine schwierige Situation vor Augen hatten. Wir haben damals die so genannte „Vienna Initiative“ initiiert. Die EU-Kommission und der IMF haben die makroökonomische Stabilisierung und die Notenbanken haben die Liquidität bereitgestellt, die Banken sind bereit gewesen ihr Engagements in den Ländern aufrecht zu erhalten und damit ist eine koordinierte Lösung erreicht worden. Für die ÖkonomenInnen ist das ein typisches „Prisoners Dilemma“-Problem, das durch Koordinierung gelöst werden konnte.

Sollte im Zuge des Krisenmanagements für Griechenland zusätzlich darüber nachgedacht werden, ob man die Verantwortlichen das heißt die Regierung oder auch das statistische Zentralamt zur Verantwortung zieht, um vor allem hier ein politische Signal zu setzen und vielleicht damit die politische Lage in Griechenland zu stabilisieren?

Also zum einen hat es in Griechenland einen Regierungswechsel gegeben, und es war die neue Regierung, die begonnen hat mit realistischen Zahlen zu arbeiten. Wenn man will, ist eine gewisse politische Sanktionierung erfolgt. Aber ich glaube auch, dass es schon aus Gründen der politischen Verantwortung sinnvoll ist, auch zu sehen, ob es Einzelpersonen gibt, die eine spezielle nachweisbare Fehlentwicklung verursacht haben. Das wird nicht immer einfach sein, weil die Budgetpolitik sich über längere Zeit erstreckt hat. Aber dort

wo tatsächlich Fehler passiert sind, sollten sie auch entsprechend geahndet werden.

Wie sinnvoll ist es den Banken hohe Liquidität durch 6 bzw. 12 Monatstender bereitzustellen, vor allem in Zeiten wo sich Banken gegenseitig nicht vertrauen, so wie es Anfang der Krise 2008 war?

Die Banken gaben das Geld in Kreditform nicht an die Realwirtschaft weiter und legten ihre Liquidität bei der Zentralbank gegen Verzinsung an. Das Problem ist genau dadurch entstanden, dass nach der Lehman-Krise der Geldmarkt de facto zusammengebrochen ist. Das heißt die Banken waren nicht mehr bereit einander gegenseitig Kredite zu geben. Wir standen zu diesem Zeitpunkt wirklich am Rande einer großen Weltwirtschaftskrise, weil wenn es zu Ausfall an Liquidität kommt, bedeutet das, dass das Bankensystem nicht mehr funktionieren kann. In dieser Situation haben alle Notenbanken gemeinsam für eine massive Liquiditätsbereitstellung gesorgt. Diese Krisenperiode ist inzwischen vorbei. Wir sind wieder am Weg zur Normalisierung und daher hat ja auch die EZB mit ihrer Exit-Politik begonnen, d.h. Schritt für Schritt wird diese Zusatzliquidität wieder aus dem Markt genommen. Jetzt in dieser sensiblen Phase haben wir wieder gesehen, dass die Banken erneut eine erhöhte Unsicherheit haben. Daher haben wir diese Liquiditätssichernden Maßnahmen gesetzt, aber tendenziell sollte mit fortschreitender Konsolidierung die Exit-Politik fortgeführt werden.

Was ist Ihre Einschätzung über die Liquiditätskrise der Banken in Ländern wie Spanien, Portugal und Italien? Werden diese Banken Kredite für die Realwirtschaft zur Verfügung stellen oder das erhaltene Geld von der Zentralbank wegen der vorherrschenden Unsicherheit anlegen, wonach keine Effekte für die Realwirtschaft zu erwarten sind?

Man muss immer die Angebots- und die Nachfrageseite unterscheiden. Ich glaube das wichtigste und der sensible Punkt in Staaten wie in Griechenland oder anderen Staaten ist, dass durch diese notwendigen Sparprogramme natürlich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit auch die Kreditnachfrage sinkt. Das heißt dort ist eine Reduzierung des Kreditvolumens nachfrageseitig gegeben und weniger von der Angebotsseite. Einerseits haben großen Banken betriebswirtschaftliche Vorteile und bessere Möglichkeiten der Risikostreuung, andererseits bilden sie auch eine große Marktmacht.

Tragen Großbanken ein volkswirtschaftliches Risiko, wenn ja wie können Sie dieses ohne staatliche Unterstützung absichern?

Es ist klar, dass große Banken volkswirtschaftlichen Risiken ausgesetzt sind, allein deshalb, weil die Qualität der Kredite davon abhängen wird, wie die Konjunkturlage in dem jeweiligen Land ist. Umgekehrt gilt wieder, dass aus volkswirtschaftlicher Sicht, die Existenz von Banken wichtig ist. Man kann es sich nicht leisten, dass große Banken zusammenbrechen. Daher gibt es eine Art implizite Staatsgarantie für große Banken.

In welcher Weise ist diese implizite Staatsgarantie zu berücksichtigen?

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

Es gibt den Ansatz, dass genau diese Märkte stärker reguliert sein müssen als andere Märkte. Ein weiterführender Ansatz wäre, dass für diese implizite Staatsgarantie eine Art Haftungsentgelt geleistet werden müsste, in dem eben auch Banken einen fiskalischen Beitrag leisten. Diese Maßnahme wird in praktisch allen Staaten der Welt derzeit diskutiert.

Im Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament (EP) werden Gesetzesvorschläge zur Erneuerung der Finanzaufsichtsbehörden besprochen. Darin geht es darum die Vernetzung zwischen den nationalen Aufsichtsbehörden zu verbessern und Standards zu errichten. Denken Sie, dass dadurch die europäische Finanzmarktstruktur transparenter wird? Es gab ja schon vorher Finanzmarktaufsichten auf europäischer Ebene. Welche Probleme sehen Sie in der tatsächlichen, effektiven Umsetzung?

Derzeit ist die Finanzmarktaufsicht primär eine nationale Aufgabe. Und wir haben eigentlich eine gewisse Tendenz - eine Gefahr - der Renationalisierung. Wenn es zu Problemen bei Banken kommt, sind immer die nationalen Budgets aufgerufen Hilfe zu leisten. Wir sehen aber andererseits, dass Banken immer mehr international vernetzt sind, das muss natürlich stärker berücksichtigt werden. Derzeit liegt im EP der Entwurf für Maßnahmen der sogenannten Makro-Potentiellen-Aufsicht, die länderübergreifende Risiken erfassen soll, vor. Dafür soll das European Systemic Risk Board geschaffen werden, das bei der EZB angesiedelt sein soll. Und ich hoffe, dass das möglichst rasch in die Praxis umgesetzt wird. Das ist aber sicherlich nur ein erster Schritt. Was wir in Österreich und sonst konkret versuchen, ist es große internationale Bankengruppen in sogenannten „Colleges“ gemeinsam zu beaufsichtigen. Diese Colleges bestehen aus VertreterInnen jener nationalen Bankenaufsichten, die für diese Bankengruppen zuständig sind. Das ist der richtige Weg, es ist aber noch sehr viel zu tun.

Welche zusätzlichen Kontrollmechanismen auf EU - Ebene, neben diesen Finanzmarktaufsichtsbehörden - halten sie für sinnvoll, damit das Finanzsystem transparenter wird?

Im Zentrum der Reformdiskussionen steht Basel III. Die Eigenkapitalvorschriften der Banken sollen so verändert werden, sodass sie mehr Eigenkapital halten müssen. Hinsichtlich der Transparenzansprüche, soll jede Tätigkeit der Bank in der Bilanz der Banken sichtbar werden, somit können konkret Sondergesellschaften in die Bankbilanz integriert werden. Hier gibt es eine ganze Reihe von Vorschlägen. Das Problem ist, dass diese Vorschläge damit sie wirksam werden, möglichst breit und international einheitlich sein müssen. Die Diskussion spielt sich auf einer weltweiten Ebene ab. Das Forum der G-20 muss hier tätig werden. Das ist ein ziemlich diffiziler Prozess. Interessanterweise war es die Schweiz, ein Land mit sehr großen Banken, die rasch und quasi isoliert Maßnahmen gesetzt hat, weil sie das Gefühl hat, dass die Dinge zu langsam gehen. Es ist die Frage, ob Europa letztlich einen eigenständigen, schnelleren Weg gehen sollte. Derzeit bemüht man sich eine gemeinsame Lösung zu finden. Ich hoffe, dass das bald geschieht. Wenn es nicht geschieht, muss man sich überlegen, inwiefern Europa alleine Regeln schaffen kann.

Denken Sie, aus der Perspektive eines Volkswirts, dass zwischen Spekulationen und Investitionen unterschieden werden kann? Gibt es eine klare Antwort darauf, wann werden Investitionen zu Spekulationen?

Sie haben sicher Keynes studiert und wissen, dass diese Antwort nicht so einfach ist. Klar ist, dass es Instrumente gibt, die einen überwiegend spekulativen Charakter haben, beispielsweise Leerverkäufe, die Konzeption der Credit Default Swaps etc.. Das sind alles



Instrumente, die eigentlich keinen oder nur sehr geringen Bezug zur Realwirtschaft haben und sich daher als spekulatives Element massiv anbieten. Und da sehe ich die Hauptprobleme, dort meine ich auch, dass man strengere Regelungen treffen müsste, als wir sie derzeit haben.

Halten Sie für solche Produkte und generell eine Finanzmarktsteuer für ratsam? Und vor allem realistisch umsetzbar? Oder welche anderen Anreizsysteme könnte man schaffen um spekulative Geschäfte einzudämmen?

Ich glaube nicht, dass man diese Probleme durch steuerliche Maßnahmen regeln kann. Eine Finanzmarktsteuer, im Sinne von einer Transaktionsabgabe, ist unter Umständen als fiskalisches Element interessant, das in der Zeit der allgemeinen Budgetproblematik hilft. Das ist ja der alte Tobinsche Gedanke, dass sozusagen auf sehr kleine Schwankungen reduziert wird. Die wirklich großen Spekulationsprobleme müssen über direkte regulatorische Maßnahmen aufgegriffen werden.

Die Pensionsvorsorge wird zunehmend auf die private Veranlagung fallen. Wie müsste man die Pensionsfonds zusätzlich regeln, damit es eine sichere Investition als Rente für private AnlegerInnen ist? Sehen sie da vielleicht ein Problem bezüglich der Pensionsfonds als staatliches Projekt?

Es hat sich ja in der Krise gezeigt, dass klarer Weise jede Kapitalmarktinvestition mit Kapitalmarktrisiken verbunden ist. Da gibt es natürlich unterschiedliche Betrachtungen. Wenn ich es langfristig sehe, dann sind das wahrscheinlich Risiken, die bewältigbar sind. Wenn ich es kurzfristig sehe, kann das Risiko für den/die Einzelne/n relativ groß sein, je nachdem wie der/diejenige betroffen ist oder nicht. Die Länder, die ausschließlich auf Kapitalmarkt gedeckte Pensionen gesetzt haben, haben damit sicherlich sehr problematische Erfahrungen gemacht. Die meisten Staaten haben ja Mischsysteme und damit Risiken die tragbar sind. Es kommt jedoch immer auf die Mischung an. Es ist eine Illusion zu glauben, Kapitalveranlagungen ohne Risiken haben zu können. Selbst eine Staatsanleihe kann Risiken haben, da Zinsrisiken damit verbunden sind.

Kurzbiographie

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny ist seit 2008 Gouverneur der Österreichischen Nationalbank (OeNB). Er wurde 1944 in Wien geboren und studierte Rechts- und der Staatswissenschaften an der Universität Wien, sowie Ökonomie am Institut für höhere Studien. Seine Habilitation schrieb er als Assistent bei Prof. Kurt W. Rothschild an der Universität Linz. Er war unter anderem Institutsvorstand, Vizerektor und Professor am Institut für Geld- und Finanzpolitik an der WU, Generaldirektor der BAWAG P.S.K. und Vizepräsident bzw. Vorstandsmitglied der Europäischen Investitionsbank (EIB) in Luxemburg. Außerdem war er von 1979 bis 1999 Abgeordneter zum Nationalrat. Im Rahmen dieser Funktion saß er von 1985 bis 1999 dem Finanzausschuss vor.

Mythen der Krise

Einsprüche gegen falsche Lehren aus dem großen Crash

Herausgegeben vom Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) und von Attac Österreich; VSA-Verlag Hamburg, 128 Seiten, Februar 2010, EUR 10,80



Die Aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise beherrscht immer noch die wirtschaftliche Debatte. Nicht zu unrecht. Steigende Arbeitslosigkeit und Budgetdefizite sind nur die Spitze des Eisbergs an Problemen. Das Buch *Mythen der Krise* zeigt anhand in der Diskussion und den Medien vorherrschenden ‚Mythen‘ die Ursachen der Krise, Krisendynamiken und Lösungen.

Das Buch wurde von einem AutorInnenkollektiv kritischer ÖkonomInnen und SozialwissenschaftlerInnen geschrieben und richtet sich bewusst nicht an die scientific community. So

wird in der Einleitung das Ziel formuliert zu „einer breiteren wirtschaftlichen Bildung beizutragen, die sich gegen vermeintliches ExpertInnenwissen behaupten kann“. Ein zentrales Anliegen ist es, vor allem auch Nicht-ÖkonomInnen fundiertes Hintergrundwissen und Argumentationslinien für die alltägliche Krisendiskussion bereitzustellen.

Mythen der Krise will „gängige Argumentationsmuster der Krise auf ihre Plausibilität hin durchleuchte[n] und Gegenargumente“ suchen, heißt es vielversprechend in der Einleitung. Dazu werden im Folgenden 18 kursierende Mythen kritisch hinterfragt, die den drei Themenblöcken „Krisenursachen“, „Krisendynamiken“ und „Krisenlösungen“ zugeordnet wurden.

Wenn in der Einleitung darauf hingewiesen wird, dass insbesondere zu Beginn der Krise die herrschenden wirtschaftspolitischen Theorien in Frage gestellt wurden, so darf man sich hier keine Einführung in eine neue wirtschaftspolitische Theorie erwarten. Dies kann und will das *Mythen-Buch* nicht leisten. Es geht vielmehr darum kurz und verständlich den theoretischen Hintergrund darzustellen, in dem die aktuellen wirtschaftspolitischen Debatten einzuordnen sind.

Durch das gesamte Buch hinweg wird versucht mit dem Opfer-Täter Schema, das die Finanz- und Wirtschaftskrise beinahe zu einer der spannendsten Kriminalgeschichten des 21. Jahrhunderts gedeihen lassen könnte, zu brechen. Unter anderem folgende Mythen werden in diesem Zusammenhang aufgehoben: „Europa ist nur ein Opfer der Krise in den USA“; „Die »braven« Banken sind unschuldige Opfer“ oder „Die Gier der Bankvorstände hat die Finanzkrise verursacht“. Platte, zum Teil populistische Aussagen im Opfer-Täter Schema sind im Verständnis der AutorInnen unzureichend. Stattdessen werden systematische Zusammenhänge aufgezeigt und wirtschaftspolitische Lösungen angeboten. Die Verkettung des gesamten Wirtschafts- und

Gesellschaftssystems wird als komplexes Phänomen analysiert.

Eine Stärke des Buches liegt darin, dass neben der Auseinandersetzung mit kursierenden Mythen auch neue bzw. in der Mainstream-Diskussion unterbelichtete Dimensionen in die Debatte um die Krise eingebracht werden. So wird der Finanzsektor nicht als geschlossenes System behandelt, er wird vielmehr als Teil des gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems betrachtet. Zudem lautet eine durchgängige Argumentation, dass wesentliche Krisenursachen in der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung und den zu geringen staatlichen Aktivitäten in der Lösung der sozialen Frage zu finden sind.

Die Behandlung dieser „Wurzeln“ der Krise spielt unter anderem bei der Aufklärung folgender Mythen eine Rolle: „Die Einkommensverteilung war nicht das Problem“; „Zur staatlichen Bankenrettung gab es keine Alternative“; „Die Zinspolitik der US- Zentralbank war falsch“; „Die Konjunkturpakete waren riesig und gefährden die Staatsfinanzen“ oder „Alle müssen den Gürtel enger schnallen“.

Das Buch bleibt nicht auf der Ebene einer rein deskriptiven Darstellung der Ursachen und des Verlaufs der Krise stehen. Insbesondere im letzten Abschnitt wird nach Lösungen gesucht und auch intensiver darauf eingegangen, mit welchen Argumenten man sich für die Diskussion rund um die Sparzwänge, die im Zuge der Krisenfinanzierung propagiert werden, wappnen kann.

Bei der Lektüre erhält man insgesamt den Eindruck, dass es ein Hauptanliegen des Buches ist, mit dem „Generalmythos“ aufzuräumen, die Finanzkrise habe isoliert auf dem Finanzsektor ihre Wurzeln und deshalb seien ihr Verlauf und die Lösungsansätze ausschließlich auf diesem Sektor zu suchen. Es wird massiver Einspruch dagegen erhoben, dass eine alleinige Neuregulierung des Finanzsektors zu einem „krisenfesten“ und ausgeglichenem System führen wird. Ohne eine insgesamt gestärkte Rolle des Staates, Umverteilung bei Vermögen- und Einkommen sowie der Behandlung der sozialen Frage werden wir den Krisenstatus nicht in Richtung eines nachhaltigen Systems verlassen können, so der Grundtenor.

Die Vorschläge für eine Umverteilung der Einkommen- und Vermögen, alternative Konjunkturpakete sowie eine sozial gerechte Budgetkonsolidierung sind im Buch relativ ausgereift. Weitgehend offen bleibt allerdings die Frage, wie konkrete Lösungsansätze aussehen könnten, um dem Finanzsektor tatsächlich nach dem VerursacherInnenprinzip zur Kasse zu bitten, welche Elemente eine sinnvolle Bankenregulierung enthalten soll und welche Auflagen bei einer staatlichen Bankenrettung tatsächlich sinnvoll erscheinen.

Katharina Muhr studierte Volkswirtschaft an der WU Wien und Politikwissenschaft an der Uni Wien

Bankenexpansion gen Osten

Eine zeitgeschichtliche Analyse

Das Engagement österreichischer Banken in Mittel- und Osteuropa wurde nicht erst von Paul Krugman verwendet, um einen möglichen Staatsbankrott Österreichs vorherzusagen, sondern bereits im Rahmen der Creditanstaltskrise 1931 diskutiert. Dieser Artikel liefert eine historische Aufarbeitung, welche mit einem Vergleich zur aktuellen Situation endet. von **Franz Zobel**

Mit dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie veränderten sich die Rahmenbedingungen für das verbliebene Österreich der 1. Republik. Dadurch ergaben sich für die Wiener Großbanken die Möglichkeiten, sich entweder von ihrem Dasein als internationale Banken zu verabschieden und sich auf den österreichischen Markt zu konzentrieren („Austrifikation“), oder zu versuchen ihre internationale Stellung trotz veränderter Rahmenbedingungen aufrechtzuerhalten („Multinationalization“).

Austrifikation vs. Multinationalization

Die Wiener Großbanken entschieden sich für den Weg der ‚Multinationalization‘ und hofften dabei nicht nur auf neue Impulse in den Nachfolgestaaten, sondern auch auf den Erhalt der Stellung Wiens als Finanzmetropole (vgl. Chaloupek 1991: 986). Schumpeter, der diesen Weg unterstützte, schrieb ausländischen GeldgeberInnen eine wichtige Rolle zu. Für diese sollte Wien eine Vermittlungsfunktion übernehmen, um in Mittel- und Osteuropa investieren zu können. Langjährige Beziehungen zwischen Industrie und Banken bildeten ein Netz, das sich durch neue Staatsgrenzen nicht zerschlagen ließ.

Eine andere Meinung vertrat der letzte Gouverneur der österreichisch-ungarischen Bank Alexander Spitzmüller, der nicht an die Aufrechterhaltung der mitteleuropäischen Position glaubte. Laut ihm fehlte es den Wiener Großbanken an einer realistischen Einschätzung der wirtschaftspolitischen Gegebenheiten in den Nachfolgestaaten. (vgl. Chaloupek 1991: 489)

Im Gegensatz zu den Vorstellungen der Wiener Banken, wollten sich die Tschechoslowakei, Ungarn und die Regionen Rumäniens, Polens und Jugoslawiens, welche vor 1918 zur Habsburgermonarchie gehörten, von ihrer ehemaligen Hauptstadt abkoppeln und den Einfluss aus Wien auf die Wirtschaft minimieren. Neben hohen Zollmauern und Trennung der Währungen, spielten die Nostrifizierungsmaßnahmen eine große Rolle. Durch die Nationalisierung des neuauflandischen Filialnetzes sollte die Beziehung zu den Wiener Banken reduziert werden. (vgl. März 1981: 346) Viele Banken reagierten mit der Gründung von Holdinggesellschaften, die eine neue organisatorische Grundlage bildeten, aber die Portfolios der Wiener Banken übernahmen und im Einfluss dieser standen (vgl. Eigner 1997: 319).

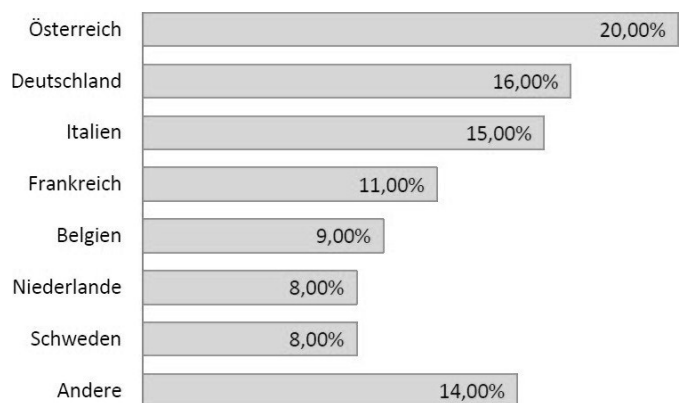
Kumulierung schlechter Risiken

Im Zuge der Nachkriegsinflation bekamen die Wiener Banken Schwierigkeiten ihre Auslandsgeschäfte aufrechtzuerhalten. Wegen der hohen Inflation war es nötig Aktien neu zu emittieren, welche über Banken mittels Kreditgewährung finanziert wurden. Die Wiener Banken mussten selbst Fremdfinanzierungen in Anspruch nehmen, um die Kredite gewähren zu können, weswegen sich das Verhältnis von Eigen- und Fremdkapital in den Bilanzen verschlechterte. Die Banken verfügten über große Teile des Eigenkapitals an Unternehmen und Industrie. Allerdings wurden durch die schlechte Wirtschaftslage und den Druck Einfluss zu sichern schlechte Risiken kumuliert. Dieses erhöhte Risiko wurde jedoch in Kauf genommen, um möglichst

viele ausländische Beteiligungen zu halten und den Einfluss als Großbanken retten zu können. (vgl. Chaloupek 1991: 490f)

Die Creditanstaltskrise

Aufgrund der schweren wirtschaftlichen Lage mussten Wiens Banken in den 1920er Jahren Rationalisierungsmaßnahmen durchführen. Bankbedienstete wurden entlassen, Filialnetze wurden gestrafft und Bankfusionen wurden vorgenommen. Diese häufig von der Regierung durch die Bereitstellung von Budgetmitteln unterstützten Fusionierungen, führten zumeist nur zu einem Anstieg der Verluste. Von 1913 bis 1925 reduzierte sich die Zahl der Wiener Großbanken von zehn auf acht. Bis 1930 wurden vier Großbanken von der Creditanstalt übernommen, die nun mehr als die Hälfte des österreichischen Finanzkapitals inne hielt. Die wohl größte Übernahme der Creditanstalt war jene der Bodencreditanstalt im Jahr 1929. Diese Übernahme



Prozentueller Anteil der EU-15 Banken am gesamten Engagement in Osteuropa.
Quelle: Österreichische Nationalbank, 2009

zeigte erstmals die Brüchigkeit des österreichischen Kreditsystems, das kurzfristiges Fremdkapital für langfristige Zwecke verwendete. (vgl. Chaloupek 1991: 995)

1931 brach die Creditanstalt als größte österreichische Bank schließlich selbst zusammen. Als sich ihr Direktor an die österreichische Regierung wandte wurde von einem Verlust in Höhe von 140 Millionen Schilling ausgegangen. Tatsächlich war die Creditanstalt mit Verlusten von 987 Mio. S. konfrontiert. Dies entsprach 50% der Bilanz des Jahres 1930 und 13% des österreichischen Volkseinkommens von 1932. 70% dieses Verlustes waren uneinbringlichen Forderungen zuzuschreiben. Das Bankenengagement in den Nachfolgestaaten brachte Verlustabschreibungen von 66%, das im Inland 40%. Die Auslandsgeschäfte versprachen zwar höhere Gewinne, hatten aber auch ein höheres Risiko, das eingegangen wurde um den internationalen Status als Großbank erhalten zu können. 1931 betrugen die Auslandsaktiva der Creditanstalt 33% und 40% der gesamten Geschäftstätigkeit. (vgl. Schubert 1991: 32f)

Eine unmittelbare Reaktion auf die Probleme der Bank war der

Abzug des kurzfristigen Fremdkapitals der Westmächte, welches der Creditanstalt bislang ihre Aufrechterhaltung als Großbank in Mitteleuropa gesichert hatte. Aber auch heimische AnlegerInnen zogen vermehrt ihr Kapital ab, wodurch die Creditanstalt innerhalb von drei Wochen die Hälfte ihrer gesamten Einlagen verlor. Der österreichischen Regierung war es aufgrund der engen Verflechtungen zur Industrie nicht möglich die Bank fallen zu lassen. Um einen Zusammenbruch der Wirtschaft vermeiden zu können musste die Regierung der 1. Republik und die Österreichische Nationalbank als „Lender of last resort“ auftreten.

„Lender of last resort“

Die Funktion der Zentralbank als „Lender of last resort“ ist es, Liquidität für in Schwierigkeiten geratene Banken und Kreditinstitute sicherzustellen. Da Banken nur einen Bruchteil ihrer Einlagen als Reserven halten, können auch gesunde Banken durch einen „bank run“ Liquiditätsprobleme erleiden. Deshalb besteht die Gefahr, dass durch schlechtes Wirtschaften eines Kreditinstituts große Teile einer Volkswirtschaft in wirtschaftliche Not geraten. Der LLR agiert somit auf einer makroökonomischen Ebene, um die Liquidität der ganzen Ökonomie zu sichern und nicht nur jene einzelner Institute. Die Sicherstellung finanzwirtschaftlicher Stabilität und das Vertrauen der Bevölkerung in diese ist das primäre Ziel des LLR.

Im Fall der Creditanstaltskrise schafften es die österreichische Nationalbank (ÖNB) und die Regierung trotz ihres raschen Eingreifens nicht das Vertrauen in die Stabilität wiederherzustellen und den Abzug der Einlagen zu stoppen. Um die österreichischen Kreditinstitute mit billigem Geld zu versorgen wurde der Diskontsatz der ÖNB niedrig gehalten. Daraus resultierte ein rascher Kapitalexport. Die Devisenreserven verringerten sich innerhalb der vier Wochen in denen der Diskontsatz nicht erhöht wurde von 855,5 Mio. Schilling auf 677,1 Mio. Schilling. Auch dessen Erhöhung bewirkte keinen Abschwung der Reservenflucht. Einer abermaligen Erhöhung folgte ebenfalls keine Reaktion. Deshalb wurden schließlich Devisenkontrollen eingeführt. (vgl. Schubert 1991: 144ff) Zusätzlich konnte die österreichische Regierung mit ausländischen GläubigerInnen eine Vereinbarung treffen, die ein Verbleiben des GläubigerInnenkapitals in der Creditanstalt sicherte. Die 37% der Verbindlichkeiten, welche diese Vereinbarung abdeckten (500 Mio. Schilling) wurden später auf 100% erweitert. Von diesem Zeitpunkt an garantierte der österreichische Staat, der über einen Bundeshaushalt von 1800 Mio. Schilling verfügte, 1200 Mio. Schilling an Verbindlichkeiten. (vgl. Schubert 1991: 15ff) Die Hoffnung mit der Übernahme der Garantien für Verpflichtungen die ausländischen Refinanzierungsquellen und damit die internationale Stellung zu sichern, erwies sich jedoch als Irrtum. Die Schwierigkeiten der Bank wurden endgültig zum Problem der Staatsfinanzen.

Dies überstieg die Möglichkeiten der Alpenrepublik und die Forderungen mussten abgetreten werden. Die Bilanzsumme schrumpfte binnen zwei Jahren auf ein Drittel. Somit war die Ära der Wiener

Großbanken Geschichte und der Operationsbereich auf die Republik beschränkt. Die Bankenlandschaft in Österreich war „austrifiziert“. (vgl. Chaloupek 1991: 995f)

Neue Krise, altes Muster?

Will man Paul Krugman Glauben schenken, so könnte das Engagement österreichischer Banken in Osteuropa Ursache für einen österreichischen Staatsbankrott in der Finanzkrise sein. Die starken Auswirkungen der Krise in Osteuropa könnten dazu führen, dass die Staaten ihre Auslandsschulden nicht mehr bedienen können. Eine Aussage, die von der österreichischen Finanzhoheit jedoch vehement dementiert wurde. (vgl. Die Presse 2009)

Inwieweit kann diese Situation mit jener von 1931 verglichen werden? Um diese Frage beantworten zu können muss erstmals die Präsenz österreichischer Banken im Osten überprüft werden. Wie die Grafik zeigt stellt Österreich mit 20% den größten Anteil der EU-15 Länder an den Investitionen in Osteuropa. Dies entspricht 199 Milliarden Euro. Werden die österreichischen Banken in ausländischem Eigentum inkludiert steigt der Anteil auf 28%.

Der Staat Österreich erwirtschaftete im Jahr 2009 ein BIP zu laufenden Preisen von 276,89 Mrd. Euro. (Statistik Austria 2009) Der Anteil der Osteuropainvestitionen am nationalen BIP beträgt somit rund 71%. Würde der Staat in die Rolle eines LLR gedrängt werden, wäre die Situation vielleicht nicht so unähnlich zu jener von 1931. Faktoren wie Risikostreuung, oder Anteile von Fremdkapital zu Eigenkapital, welche in der 1. Republik eine sehr große Rolle spielten, müssten natürlich berücksichtigt werden. Aber die Ausprägungen des Kreditsystems, das auf Vertrauen basiert, haben sich nicht wesentlich verändert und somit sind auch die Möglichkeiten des Lender of Last Resort weiterhin kritisch zu betrachten. Die bereits erneuerte Diskussion um die Theorie des „Too Big to Fail“ kann diesbezüglich in Zukunft Aufschluss geben.

Franz Zobel studiert Volkswirtschaft auf der WU Wien und Geschichte auf der Universität Wien

Literatur

- Chaloupek G., Wagner M., Eigner P. (1991): Wien. Wirtschaftsgeschichte (1740-1938), in: Czeike F. (Hrsg.): Geschichte der Stadt Wien, Band IV, Wien
- Die Presse (14.04.2009): Krugman. Österreich droht die Pleite <http://diepresse.com/home/wirtschaft/finanzkrise/470135/index.do?from=suche.intern.portal> (19.04.2010)
- Eigner P. (1997): Die Konzentration der Entscheidungsmacht. Die personellen Verflechtungen zwischen Wiener Großbanken und Industrieaktiengesellschaften (1895-1940), Wien
- März E. (1981): Österreichische Bankpolitik in der Zeit der großen Wende (1913-23), Wien
- Österreichische Nationalbank (2009): Global Recession, European Integration and the Austrian Financial Sector http://www.oenb.at/en/img/argumentarium_cesee_en_update_170609_clean_tcm16-138372.pdf (20.04.2010)
- Schubert A. (1991): The Credit-Anstalt Crisis of 1931, Cambridge, New York
- Statistik Austria (2009): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Hauptgrößen http://www.statistik.at/web_de/statistiken/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/bruttoinlandsprodukt_und_hauptaggregate/jahresdaten/index.html (20.04.2010)

„V“ wie Finanzkrise

Bald nach Ausbruch der Finanzkrise war der Politik klar: Österreichs Banken haben sie nicht verursacht. Außerdem sind sie alle systemrelevant, staatlicher Schutz ist daher unabdingbar. Aber stimmt das wirklich? Wie sehr waren heimische Finanzinstitute in spekulative Geschäfte verwickelt? Oder war die Unschuldssrolle nur eine gelungene PR-Strategie? von **David Ifkovits**

Wir befinden uns am Strand. Die Möwen zwitschern beruhigend, die Wellen rauschen sanft und die Sonne wirft die letzten Sonnenstrahlen eines warmen Sommernachmittags. Und zwar auf zwei junge Mädchen, die sich ihre Zeit mit dem Produzieren von Kaugummiblasen vertreiben. Untermalt wird die Szenerie von dramatischer Musik und der Signatur „Was wären die großen Erfolge ohne die kleinen?“. Was sich anhört wie die Tourismuskampagne eines Inselparadieses, ist tatsächlich der Werbespot der Bank Austria aus dem Jahr 2007.

Doch dann kam der September 2008 – und mit der Pleite von Lehman Brothers ging ein Ruck durch die Finanzwelt. „Toxische“ Wertpapiere und faule Kredite wurden plötzlich im Depot eines jeden Geldinstituts vermutet. Abwertungen, Preisberichtigungen und Kreditausfälle führten zu einer Spirale massiver Verunsicherung unter den Anlegern und die Aktienwerte zerplatzten wie die Kaugummiblasen der beiden Mädchen. Doch an dieser Stelle ein Bruch – denn der Verlauf der Finanzkrise ist nun wirklich schon von anderen erschöpfend dargelegt worden.

Ganz anders sieht es mit der Rolle österreichischer Banken in der Öffentlichkeit aus. Die Medienlandschaft der letzten Monate wucherte nur so vor uneindeutigen Aussagen. Auf der einen Seite wurde dem strategischen Spin der Banken brav Folge geleistet und die Unschuld der heimischen Institute unterstrichen: Die Finanzkrise, die komme aus den USA. Subprime und Asset Backed Securities? Das seien Fremdwörter für die konservativen österreichischen Banker. Auf der anderen Seite gab es regelrechte Hiobsbotschaften: Abwertungen in Milliardenhöhe und „bank runs“ stünden bevor. Vor Vergleichen mit der Großen Depression Anfang der 1930er-Jahre scheute man nicht zurück – sogar der Kausalschluss „Weltwirtschaftskrise ist gleich Ende der Demokratie und Anfang von Faschismus“ wurde von manch übereifrigem/r RedakteurIn gezogen.

Gehen wir nun einen Schritt auf Distanz und nehmen unter die Lupe, was wirklich passiert ist. Wie groß ist die Lücke zwischen der Selbstdarstellung österreichischer Banken und der finanzwirtschaftlichen Realität? Sind Österreichs Banken Unschuldslämmer oder nach Rendite lechzende Wölfe?

Transparenz oder Traum

Eigentlich wussten wir es schon als Kinder: Die Werbung hält nicht was sie verspricht. Sie produziert Traumbilder, die die Realität nicht ganz einlösen kann. Aber im Falle österreichischer Banken eignen sich die Imagespots ironischer Weise als hervorragendes Analyseinstrument.

Beginnen wir im Jahr 2005. Bevor die Bank Austria Creditanstalt die Kaugummiblasen entdeckt hat, wirbt sie mit dem „FinanzCheck“.

Ohne diesen könne es einem passieren, dass man plötzlich verdutzt an einer Kasse steht – ohne Unterwäsche und vor allem ohne Kleingeld. Und das will doch keiner. Also lieber schleunigst zur nächsten Bankfiliale und einen Kredit aufnehmen. Der etwas übertrieben anmutende Spot steht symbolisch für den damaligen Zeitgeist. Durch Finanzinnovationen sind dem VerbraucherInnenwunsch keine Grenzen gesetzt. Selbst wenn der inländische Zinssatz zu hoch ist, kann Abhilfe geschaffen werden: durch Fremdwährungskredite.

Man erwartet natürlich keine blanke Ehrlichkeit oder Selbstverhöhnung in Werbespots, dann könnten Banken ja gleich ATTAC zu ihrem PR-Berater machen, aber ein wenig mehr Aufklärung steht den österreichischen VerbraucherInnen auf jeden Fall zu. Denn wer wusste 2007 schon, dass einer der größten Eigentümer an der BAWAG Lehman Brothers war? Mittlerweile ist das US-Investmenthaus pleite und die BAWAG-Aktien liegen in der Konkursmasse. Was das für die von Haupteigentümer Cerberus geplante Zukunftsstrategie der Bank bedeutet, ist noch unklar – zumal die genaue Eigentümerstruktur auf Grund der Vielzahl an Briefkastenfirmen und Firmenebenen alles andere als transparent ist. Und wer hätte gedacht, dass die Volksbank zwei Milliarden Euro in Subprime-Kredite investiert hat? Mit der Imagekampagne „V wie Flügel“ versucht man dort zwar, den Vertrauensverlust wieder wett zu machen, aber das Loch in der Bilanz dürfte sich damit nicht füllen lassen. Im Geschäftsjahr 2009 rutschte die Volksbank mit über einer Milliarde Euro Minus tief in die roten Zahlen (Quelle: Geschäftsbericht/Volksbanken Gruppe).

Zugegeben: Die inländische Öffentlichkeitsarbeit österreichischer Geldinstitute wirkt noch relativ moderat, wenn man sie mit ihren Pendanten in Zentral- und Südosteuropa vergleicht. Heimische Finanzunternehmen gehören in diesem Raum zu den größten InvestorInnen und sind somit auch den dortigen VerbraucherInnen ein alltäglicher Begriff. In einem Spot der Raiffeisenbank Kosovo beispielsweise werfen sich zwei Superhelden nach einem Notruf in den „Raiffeisen Squad“, um nach ein paar Saltos quer durch den Supermarkt einem Kunden die ersehnte Kreditkarte in die Hand zu drücken, weil dieser gerade knapp bei Kasse ist. Wenngleich die Kredite in diesen Ländern zu einem großen Teil durch Einlagen vor Ort gesichert sein dürften, bleibt ein großes Problem: Die Unsicherheit von Fremdwährungskrediten.

Kleines Glücksspiel

Während in Österreich die Gefahr von Spielautomaten diskutiert wird, vergessen wir, dass eine andere Art von Glücksspiel noch viel salonfähiger ist: Der Fremdwährungskredit. Die Idee ist simpel: Durch Arbitrage wird das niedrigere Zinsniveau anderer Volkswirtschaften ausgenutzt, was die Kreditkosten verringert. Wie komplex das Instru-

ment eigentlich ist, eröffnet sich einem erst bei genauerer Betrachtung. Denn im Grunde handelt es sich beim Fremdwährungskredit um eine Spekulation auf zwei Unbekannte: den ausländischen Zinssatz und den Wechselkurs – denn Tilgungszahlungen müssen in der jeweiligen Fremdwährung geleistet werden. Momentan wird die Fundierung ganzer makroökonomischer Modelle in Frage gestellt, weil diese Unsicherheiten und Volatilitäten nicht ausreichend berücksichtigen. Finanztechnischen LaiInnen hingegen traut man die rationale Abschätzung dieser Entwicklungen zu? Obwohl es eigentlich nur ihre Absicht ist, einen langfristigen Kredit zur Wohnbaufinanzierung aufzunehmen und sie sich dessen Spekulationscharakter gar nicht bewusst sind? Genau aus diesem Grund hat sich die Finanzmarktaufsicht (FMA) seit langem wieder rigide in Sachen Regulierung gezeigt und die Möglichkeit zur Aufnahme eines Fremdwährungskredit für PrivatkundInnen stark eingeschränkt.

Die Schuldfrage

Zum Zeitpunkt des Verbots betrug das Volumen von Fremdwährungskrediten rund 35 Milliarden Euro, immerhin rund 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Quelle: OeNB Presseaussendung). Doch auch andere Fakten rütteln am Unschuldsscharakter österreichischer Banken. Betrachtet man die Bilanzen des Geschäftsjahres 2009, so fällt eines sofort auf: Die Abschreibungen auf Wertpapieranlagen sind im Vergleich zum Vorjahr zwar stark zurückgegangen. Aber ein anderer Posten weist ein tiefrotes Minus auf: Die Risikokosten stiegen stark an, vor allem bei Krediten werden Ausfälle befürchtet. Ob es sich dabei um moderate Vorsicht handelt oder die verspätete Erkenntnis, dass es um die Bonität von so manchem Verbrauchercredit doch nicht so gut bestellt ist? Das werden die nächsten Monate zeigen. Klar ist auf jeden Fall, dass dieses Bild nicht durch einzelne strukturell geschwächte Banken entstanden ist. Denn auch die Bank Austria, die 2009 einen recht konstanten Ertrag ausweisen konnte, musste ihre Wertberichtigungen massiv erhöhen (Quelle: Geschäftsbericht/Bank Austria).

Rendite ohne Risiko

Laut einer neuen Studie von Karmasin Meinungsforschung meinen 76 Prozent der ÖsterreicherInnen, dass sie im Vergleich zu der Zeit vor der Finanzkrise weniger auf die Empfehlung eines Bankberaters vertrauen würden. 60 Prozent geben gar an, so wenige Geldgeschäfte wie möglich durchführen zu wollen. Kein Wunder. Denn wer ausfallsgefährdete Zertifikate unter den Schlagworten „mündelsicher“ (Meinl-Bank) oder „100 Prozent Kapitalgarantie“ (Lehman, vertrieben durch die Constantia Privatbank) bewirbt, der/die kann sich nicht im selben

Moment ein Schild mit der Aufschrift „transparent und vertrauenswürdig“ umhängen. Vielmehr haben es die Banken verabsäumt, ihr eigenes Personal über die Komplexität solcher Finanzinstrumente aufzuklären und ihnen durch Bonuszahlungen den Anreiz zu weitreichender Verbreitung unter den KundInnen gegeben.

Macht man sich also die Mühe und schlägt sich durch das Geflecht aus Banken-PR und Hiobsartikeln, wird zumindest eines glasklar: Unschuldig an den Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf den heimischen Markt waren die österreichischen Banken sicher nicht. Spinnt man diesen Gedanken weiter und überträgt ihn auf die aktuelle Debatte um die Sanierung des Staatsdefizits, wird auch offensichtlich, warum sie in die Finanzierung der Verschuldung einbezogen werden sollten.

Denn nach dem VerursacherInnenprinzip sollten jene für den entstandenen Schaden einstehen, die ihn (mit-)verursacht haben. Klingt logisch und fast vernünftig. Damit schließt sich der Kreis zur Öffentlichkeitsarbeit, denn der ehemalige Skiprofi Matthias Lanzinger wirbt im aktuellen Raiffeisen-Spot ganz konservativ und selbstreflektiert für die Besinnung aufs Wesentliche und dafür „nach einem Sturz wieder aufzustehen.“ Wenn die Banken in ihrer Selbstdarstellung schon auf Vernunft und Konservativität setzen, dann müssen sie diese Einstellung auch selbst leben. Staatliche Maßnahmen wie die Bankenabgabe und absehbare starke Regulierungen sind unumgänglich, um eine Wiederholung des Finanzkollapses zu verhindern. Denn mit jedem Sturz wird es schwerer, wiederaufzustehen.

David Ifkovits studiert Volkswirtschaft an der WU Wien

Literatur

Geschäftsbericht/Volksbanken Gruppe: http://www.volksbank.com/m101/volksbank/m101_oevag/de/produkt/oevag_geschaeftsberichte/geschaeftsjahr_2009.jsp

OeNB Presseaussendung, 25.03.2010:

http://www.oenb.at/de/stat_melders/presse/Finanzinstitutionen/kreditinstitute/pa_20100325_2009_-_ein_herausforderndes_jahr_fuer_oesterreichs_banken.jsp#tcm:14-188106

Geschäftsbericht/Bank Austria:

<http://geschaeftsbericht.bankaustria.at/2009/gb/de/financial-statements/gewinn-und-verlustrechnung.html>

Studie, Karmasin Meinungsforschung:

<http://derstandard.at/1269448376523/Finanzkrise-erfasst-Privatkundengeschaeft>

Wir befinden uns im Jahre 2010 n. Chr. ...

Das ganze Bankwesen wird von Profitmaximierung getrieben... Das ganze Bankwesen? Nein! In unbeugsamen kleinen Dörfern leisten Institutionen mit gemeinschaftlichen, ethischen und nachhaltigen Werten eisernen Widerstand. In Folge werden wir die Erfolgsgeschichten vier dieser unbeugsamen Dörfer, namentlich GenossInnenschaftsbanken, Mikrofinanzwesen, islamisches und ethisches Bankwesen vorstellen. Nicht zu vergessen, ist ihr erfolgversprechender Zaubertrank. Das Rezept verrät uns unter anderem auf welche Weise sich diese vom profitgierigen Bankwesen unterscheiden. von **Joshua von Gabain** und **Atila Kilic**

Die Entstehung des ersten Dorfes, der GenossInnenschaftsbanken, ist mit Beginn des 19. Jahrhunderts im Deutschen Reich zu datieren. Die Abschaffung des Feudalismus und die eingeleiteten gesellschaftlichen Reformen rissen die deutsche Bevölkerung aus ihren festgefügtten Gemeinschaftsformen. Die deutschen BäuerInnen waren frei von der Grundherrschaft und der Gutsherrschaft. Als EigentümerInnen ihrer Arbeitskraft mussten sie das erste Mal eigenständig einen Ertrag erwirtschaften, um damit eine Entschädigungssumme für das ihnen zugesprochene Land begleichen zu können. Bei Nicht-Erbringung der Entschädigung waren sie gezwungen Land, das ihre Existenzgrundlage war, an die GutsherrInnen abzugeben. Allerdings fehlte den BäuerInnen das notwendige Kapital, um Produktionsmittel, die für eine ertragreiche Ernte benötigt wurden, anzuschaffen. In den Städten war es die breite mittelständische Volksschicht, die mit der Einführung der Gewerbefreiheit und des freien Wettbewerbs in eine wirtschaftliche Notlage geriet.

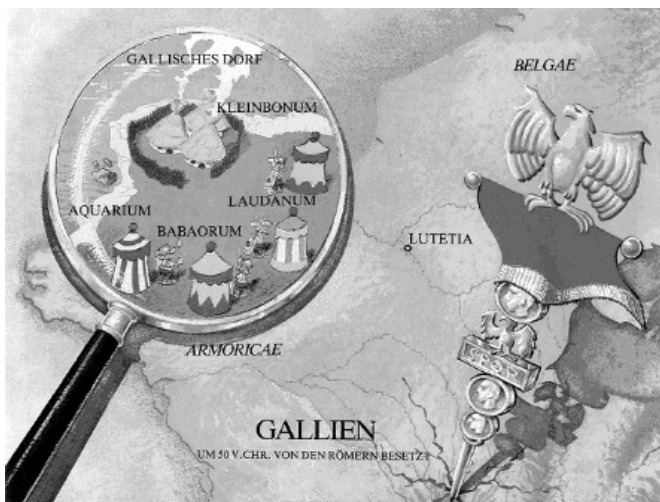
Beide Bevölkerungsgruppen hatten also keine Möglichkeiten bei bestehendem Bankwesen einen notwendigen Kredit aufzunehmen. Während die Aktienbanken ihren Fokus auf die rasch wachsende Industrie und den Handel hatten, stand bei den Sparkassen der Spargedanke im Vordergrund. In der Wahrnehmung dieser Situation entwickelten Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen unabhängig voneinander ein neuartiges Finanzierungskonzept, namentlich das neue deutsche Genossenschaftswesen. Im Jahr 1852 gründete Schulze-Delitzsch die ersten Volksbanken in den Städten und 1862 errichtete Raiffeisen die ersten Darlehenskassen auf dem Land.

GenossInnenschaftsbanken

Ein wesentliches Kennzeichen von GenossInnenschaftsbanken ist das Identitätsprinzip. Das bedeutet, Mitglieder einer GenossInnenschaftsbank sind sowohl KundInnen als auch EigentümerInnen der genossenschaftlichen Unternehmung. Während der Förderungsauftrag im Vordergrund der gemeinschaftlichen Unternehmung steht, ist das Erzielen von Profiten als abgeschwächtes nachrangiges Ziel zu sehen. Mit einem vorteilhaften Zusammenschluss von ausgegliederten Teilbereichen der Einzelwirtschaften, bspw. der Absatz landwirtschaftlicher Produkte, wird ein Wettbewerbsvorteil gegenüber Einzelwirtschaften erzielt. Der Zusammenschluss in Teilbereichen und das Prinzip der absoluten Freiwilligkeit des Ein- und Austritts sind die zwei wesentlichen Neuheiten im modernen GenossInnenschaftswesen. (Aschhoff 1985)

Beide, Schulz-Delitzsch und Raiffeisen, stießen auf fruchtbaren Boden. Die städtischen Volksbanken umfassten bis ins Jahr 1859 183 Geschäftsstellen mit 18.000 Mitgliedern. Einen vergleichbaren Erfolg hatte ebenfalls die ländliche Darlehenskasse, welche unter anderem ihr Geldgeschäft mit dem Warengeschäft im Jahre 1869 ausbaute. Die GenossInnenschaftsbanken sprengten die deutschen Grenzen, und verbreiteten sich innerhalb kürzester Zeit in ganz Europa. Die erste außereuropäische GenossInnenschaftsbank Anyonya wurde im Jahre 1889 in Indien gegründet, wohingegen in Amerika die ersten GenossInnenschaftsbanken zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden. Im Jahr 2008 waren laut der World Council of Credit Unions (WOCU) 53.689 GenossInnenschaftsbanken in über 97 Nationen tätig, mit insgesamt 185.800.237 Mitgliedern. (vgl. <http://www.woccu.org/memberserv/intlcusystem> 12.05.2010; Aschhoff 1985 12.05.2010; Aschhoff 1985; <http://rbi.org.in/rdocs/PublicationReport/Pdfs/10456.pdf> 12.05.2010)

Eine GenossInnenschaftsbank besitzt drei Entscheidungsorgane: die Generalversammlung, den Vorstand und den Aufsichtsrat. In den Gründungszeiten war die Generalversammlung die höchste Entscheidungsinstanz. Sie hatte beispielsweise das Recht in Einzelfragen der Geschäftsführung mitzuentcheiden. Verfolgt wurde eine direkte Demokratie, in der jedes Mitglied – unabhängig davon, mit wie viel Kapital er oder sie beteiligt ist – nur eine Stimme hat (Demokratieprinzip). Auf Grund der hohen Mitgliederzahlen und der damit verbundenen organisatorischen Komplexität wird mittlerweile die repräsentative Demokratie verfolgt. Im Lauf der Zeit schrumpfte der unmittelbare Einfluss der Generalversammlung, während dem Vorstand mehr eigenständiger Entscheidungsspielraum zuwuchs. Der Generalversammlung steht nur noch mehr die Möglichkeit zu, über grundlegende Entscheidungen der Unternehmensführung, wie z.B. ob die GenossInnenschaft aufgelöst werden soll, abzustimmen.



GenossInnenschaftsbanken schließen sich meist entweder selbst oder über nationale Verbünde zu internationalen Kooperationen mit anderen GenossInnenschaftsbanken bzw. nationalen Verbünden zusammen und schaffen so, einen Wettbewerbsvorteil gegenüber einer individualwirtschaftlichen Ausübung. Im Jahr 1984 gründete beispielsweise die DZ Bank mit den regionalen genossInnenschaftlichen Zentralbanken sowie der GenossInnenschaftlichen Zentralbank AG, Wien, der Rabobank Nederland, Utrecht, und der Andelsbanken-Danabank, Kopenhagen, die Wertpapierberatungsgesellschaft European Securities Corp. mit Sitz in New York.

GenossInnenschaftsbanken wiesen im Jahr 2008 weltweit einen Aktivposten von über US \$ 1.193 Mrd., Mindestreserven von US \$ 115 Mrd., Anleihen von US \$ 847 Mrd. und Rücklagen von US \$ 995 Mrd. auf. (vgl. <http://www.woccu.org/memberserv/intlcusystem> 12.05.2010)



Mikrofinanzwesen

Um die 2,1 Milliarden Menschen leben von weniger als 2 Dollar pro Tag. Die Mehrheit ist im informellen Sektor beschäftigt (vgl. World Development Report 2008). Mit kleineren Werkstätigkeiten, wie dem Verkauf von Ziegenmilch oder dem Weben von Körben, decken sie ihren täglichen Gebrauch. Viele finden dabei keine regelmäßige Beschäftigung. Wenn diese Menschen nun einen Kredit benötigen, stehen ihnen nicht viele Möglichkeiten offen. Normale Banken verlangen von den KreditnehmerInnen gewisse Sicherheiten, und haben somit kein Interesse für diese Kundschaft. Alternativ gibt es die sogenannten traditionellen „money lenders“ die oft Tageszinssätze bis zu 10% verlangen. Anfang der 1980er hat der Wirtschaftswissenschaftler Muhammad Yunus in Bangladesh mit Hilfe von staatlicher Unterstützung das System der Mikrokredite entwickelt. Dieses ist die Entstehungsgeschichte des zweiten Dorfes unserer Betrachtung. Es erlaubt, dass sich Menschen aus armen Verhältnissen selbst Nachhaltig helfen können.

Im Rahmen der Mikrokredite wird hauptsächlich Menschen geholfen die keine materiellen Sicherheiten für einen Kredit anbieten können. Die Summen dieser Kredite liegen dabei häufig unter 100 Euro und werden mit dem Ziel vergeben, kleine Investitionen des Kreditnehmers bzw. der Kreditnehmerin zu ermöglichen. Aus den erwarteten Erträgen der KreditnehmerInnen, die die Grundlage für eine Kreditentscheidung bilden, soll der Kredit bis zum Ende der Laufzeit abbezahlt werden. Dabei sind die Zinsraten wesentlich niedriger als die der konventionellen AnbieterInnen von Krediten. Um den fehlenden Sicherheiten zu entgegnen, wurde das Konzept des group lending entwickelt. Durch eine selbstgewählte Bindung sollen die GruppenmitgliederInnen angereizt werden, auf einander zu achten. Zuerst erhält ein/e Einzelne/r oder nur ein Teil der KreditnehmerInnen den Mikrokredit. Wird der Kredit nicht bedient, erhält die gesamte Gruppe keine weiteren finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt. Durch den Mechanismus des sozialen Zusammenhalts erwies sich das System als äußerst erfolgreich da sie Phänomene wie Adverse Selektion und Moral Hazards stark reduzieren. So liegt der bisherige Durchschnitt von Rückzahlungsraten bei eindrucksvollen 98 Prozent. Die ersparten Einlagen machen die KreditnehmerInnen in weiterer Folge zu TeilhaberInnen der Institution und so entstand eine langsame Expansion der Institution. Mit den Einlagen konnte weiteren potentiellen UnternehmerInnen aus der Armut geholfen werden. Somit entstanden Mikrofinanzierungsinstitute (MFI) die finanzielle Dienstleistungen wie Kredite, Versicherungen und Sparmöglichkeiten anbieten. Das prominenteste Beispiel aus dem Bereich der Mikrofinanzierung ist die von Muhammad Yunus gegründete Grameen Bank mit Sitz in Dhaka. Sie ist zu 94% im Besitz von eigenen KreditnehmerInnen, den sogenannten

Fortsetzung auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

Mitgliedern. Der Staat Bangladesh ist mit 3,78% an dem Geldinstitut beteiligt (vgl. Maeser 2008).

Mikrofinanzierung kann nicht als vereinheitlichte homogene Organisationsform gesehen werden. Die ersten waren hauptsächlich staatliche Kreditinstitute. Mittlerweile stellen Nichtregierungsorganisationen, Kreditgenossenschaften, private Kreditinstitute und banknahe FinanzdienstleisterInnen auch TrägerInnen der Mikrofinanzierung dar. Je nach Herkunft und EigentümerInnenstruktur, sowie regionalen Unterschieden von Demographie, Kultur und Umwelt variieren die Zielsetzungen und verfolgten Strategien der einzelnen Mikrofinanzierungsinstitutionen (MFI). Grundsätzlich haben sie zwei Grundziele: Das Erreichen möglichst vieler potentieller KundenInnen, die zuvor keinen Zugang zu Finanzdienstleistungen hatten (sog. outreach), sowie die Sicherstellung der dauerhaften Überlebensfähigkeit des Mikrofinanzinstitutes (sog. sustainability) (vgl. Maeser 2008). Im Erreichen dieser Ziele entstanden auch innovative Managementpraktiken. Diese sind etwa Anreizsysteme die unter niedrigen Kosten trotzdem einen optimalen Outreach nachhaltig ermöglichten (vgl. Jain&Moore 2003).

Bisher haben ca. 140 Millionen Menschen Zugang zu Mikrokrediten. Dies entspricht einem Volumen von ca. 20 Milliarden Dollar. Obwohl dieses Volumen nur in einer Handvoll von MFIs stark konzentriert ist, gibt es mittlerweile über 3000 MFIs (vgl. Cull et. al. 2009). Hauptsächlich werden Kredite an Frauen vergeben weil sich diese als verlässlichere Kundinnen erweisen haben. Nebeneffekte können eine Emanzipation der Frauen, ein drastischer Rückgang der Geburtenraten und erhöhter Schulbesuch von Kindern sein (vgl. Becchetti & Conzo 2010). Seit einer Dekade bieten MFIs weitere Dienstleistungen, wie Versicherung gegen Naturkatastrophen, Gesundheitsvorsorge oder Weiterbildungszentren an. Dennoch, die Effekte von Mikrofinanzierung sind schwer zu messen. Der Umfang von empirischen Beobachtungen ist noch gering. Nichts desto trotz, haben kommerzielle Banken der Mikrofinanzierung größere Aufmerksamkeit geschenkt. Hohe Rückzahlungsraten und ein Markt mit großem Erweiterungspotenzial der eine Rendite von 6% ermöglicht sind dabei schlaggebend.

Für Furore sorgte 2007 das Mikrofinanzinstitut Compartamos in Mexico, als es durch einen Börsengang zusätzliches Kapital holte. Vor allem Muhammed Yunus meint jedoch, das Profitmaximierung in einem solchem Rahmen nicht mit dem Kernkonzept der nachhaltigen Entwicklung von Mikrofinanzierung vereinbar wäre. Empirische Studien zeigen, dass stark profit-orientierte MFIs eher größere Kredite an etwas besser gestellte Arme vergeben (vgl. Cull et. al. 2009). Dabei verwenden sie eher Individuenbasierte anstatt Gruppenbasierte Vergabemethoden und verlangen wesentlich höhere Zinsen. Unter ihren Kundschaften sind auch wesentlich weniger Frauen als bei nicht-profitorientierte Institutionen.

Abschließend lässt sich dennoch sagen, dass Mikrofinanzierung einen interessanten Ansatz darstellt. Nicht zuletzt war 2005 das UNO-Jahr der Mikrofinanzierung. Muhammad Yunus wurde 2006 der Friedensnobelpreis verliehen. Neben den Niederlanden und Deutschland wird auch in Österreich seit kurzem versucht mittels Mikrokrediten durch das AMS Arbeitslose zu unterstützen. Dabei werden Kredite an EinzelunternehmerInnen bis zu € 12.500, und Personengesellschaften bis zu € 25.000 vergeben (http://www.dermikrokredit.at/downloads/mikrokredit_Folder.pdf 12.05.2010).

Islamisches Bankwesen

Das dritte unbeugsame Dorf, das wir beleuchten wollen, ist das islamische Bankwesen. Die ersten zwei islamischen Banken wurden in den 1950er Jahren in Pakistan und Malaysia gegründet. Während eine als Ziel die finanzielle Unterstützung der verarmten BäuerInnen in Pakistan hatte, ermöglichte die andere in Malaysia mit Hilfe der Bank den MuslimInnen die Pilgerfahrt nach Mekka. Mit Gründung der ersten islamischen Notenbank, Islamic Development Bank im Jahre 1975 in Saudi-Arabien, setzte schließlich eine rasche Verbreitung des islamischen Bankwesens ein.

Ziel der islamischen Bankinstitutionen ist das Fördern des wirtschaftlichen Wachstums. Im Unterschied zu westlichen Banken soll das positive Wachstum in islamischen Vorstellungen durch Wohltätigkeit oder zinsfreie Darlehen erreicht werden. Denn Wucher bzw. Zins (Riba) verletzt nach den Grundsätzen der Sharia das Eigentumsrecht der Menschen, in dem Zinsen einen Eigentumsanspruch dort stellen wo keiner ist. Außerdem schwächen Zinsen das Menschliche des Individuums, indem eine unstillbare Gier und ein nicht stoppender Drang nach mehr und mehr Zinserträgen entstehen. Menschen sollen Geld in den nützlichen Handel und in wirtschaftliche Unternehmungen investieren, mit anderen Worten, Investitionen ausschließlich in die Realwirtschaft tätigen. Geld ist ein Tauschmittel ohne Wert, woraus folgt, dass Geld allein nicht mehr Geld produzieren kann – das „Geld arbeiten lassen“ ist in der islamischen Finanzwelt nicht erlaubt.

Islamische Banken lassen sich entweder nach ihrer Eigentumsstruktur – staatlich, genossenschaftlich oder privatrechtlich – oder nach ihrem Zweck typisieren. Bei der Gliederung der islamischen Banken nach ihrem Zweck gibt es vier Typen: die Sozialbank, die Entwicklungsbank, die Geschäftsbank und die Beteiligungsgesellschaft (Holding Bank).

Die Hauptaufgabe von Sozialbanken, wie beispielsweise der ägyptischen Mit Ghamer savings bank, ist die Mobilmachung von Ersparnissen zwischen Individuen, d.h. das Sammeln und Verteilen von Spenden, den sogenannten Zakah. Die islamische Entwicklungsbank zielt auf die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, des sozialen Fortschritts und der wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen den Mitgliedern einer Volkswirtschaft – nach den Grundsätzen der Sharia – ab. In den Geschäftsbanken steht es den KundInnen offen, ob sie ein herkömmliches Bankkonto, ein Sparkonto oder ein Investmentkonto erstellen. Für investitionsfreudige KundInnen stehen im Wesentlichen zwei Arten von Investitionen bereit: Mudarabah, eine von KundInnen bestimmte eingeschränkte Investitionsmöglichkeit der Bank, oder Musharakah, die Bevollmächtigung des Kunden bzw. der Kundin an die Bank, über das Kapital frei verfügen zu können. Profite und Verluste werden unter den investierenden KundInnen und der Bank nach einem vorher ausgemachten Schlüssel aufgeteilt. Die Beteiligungsgesellschaften assistieren islamischen Banken bei der Suche nach Investitionsmöglichkeiten auf dem internationalen Markt. Momentan existieren drei Gruppen von islamischen Beteiligungsgesellschaften: die Islamic Banking System International, die Dar al-mal al Islami Trust und die Al-Baraka Group.

Nach Gait und Worthington (2007) gibt es weltweit über 200 islamische Banken und Finanzinstitutionen – die jährliche Expansionsrate liegt bei etwa 15%. Sie weisen Aktivposten von über US \$ 200 Mrd. auf. Westliche Bankinstitute sehen das Potential von muslimischen InvestorInnen, und versuchen durch Kooperationen mit islamischen Banken Sharia konforme Finanzprodukte in ihr Angebot aufzunehmen, um damit islamisch-gläubige KundInnen anzuwerben.

Ethisches Bankwesen

Das vierte und letzte Dorf unserer Reise ist das Ethische Bankwesen. Auch unter dem Begriff „soziales oder nachhaltiges Banking“ bekannt, ist es eine relativ junge Bewegung innerhalb des Bankwesens. Ethische, soziale und ökologische Aspekte werden dabei direkt im Entscheidungsverfahren über Investitionen und Krediten berücksichtigt. Die Entstehungshintergründe dieser Bewegung sind vielfältig. Schon im 18. Jahrhundert entstanden Zusammenschlüsse, die Investitionen zur Förderung von SklavInnenhandel im Vergleich zu herkömmlichen Banken nicht duldeten. In den 1970ern entstand eine Bewegung von Bankgruppen die ihre Investitionen aus dem Apartheid Regime von Südafrika entzogen. Obwohl dies für das Beenden der Apartheid nicht alleinig verantwortlich war, schaffte es zunehmenden internationalen politischen Druck auf die Südafrikanische Industrie, die sich letztendlich mehrheitlich für das Ende der Apartheid aussprach (vgl. http://www.enn.com/top_stories/article/4540). In den 1990ern wurde ethisches Banking zu einem tragenden Element um eine ökologisch nachhaltige Entwicklung zu fördern und Kritik gegen verantwortungslose Globalisierung und spekulative Finanztransaktionen zu äußern.

2007 hat sich eine Gruppe von elf Banken die schon etwas länger nachhaltige Prinzipien verfolgt hatten zu der „Global Alliance for Banking on Values“ zusammengeschlossen. Darunter findet sich auch die deutsche sozial-ökologischen GenossInnenschaftsbank GLS Bank. Ein weiteres Mitglied ist die BRAC Bank, die Teil des weltweit größten Mikrofinanzinstitutes mit Sitz in Bangladesch ist. Zusammen verfügen die Banken Einlagen von über 14 Milliarden Dollar und be-

treuen über sieben Millionen KundInnen in 20 Ländern (vgl. <http://www.gabv.org/news/2010-03-09-SustainableBanking.htm>). Generell gesehen binden sie sich an das Reglement des normalen Bankwesens. Zusätzlich richten sie sich aber nach weiteren Prinzipien. Darunter sind transparente, soziale und ökologisch nachhaltige Ziele Kriterien bei der Auswahl ihrer Projekte.

Dieser Artikel zeigt, dass sich schon sehr früh in unserer Geschichte verschiedene Dörfer von Bankwesen formiert haben, die versuchten eine Wirtschaft zu fördern ohne dabei ethische, nachhaltige oder soziale Werte zu unterminieren. Wie es schon Berthold Brecht in Die Dreigroschenoper formulierte: „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral“. Es wird sich wohl erweisen ob wir als Gesellschaft bereit sind uns für ein Bankwesen zu entscheiden, das in seiner Natur nicht nur von Profit getrieben wird, sondern auch ethische, sozial bewusste, nachhaltige und transparente Werte in ihren täglichen Entscheidungen über Gelder mit einbezieht. Die Bildung über diese unbeugsamen Dörfer ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer friedlicheren Welt.

Joshua von Gabain und Atilla Kilic
studieren Volkswirtschaft an der WU Wien

Literatur

GenossInnenschaftsbanken

Aschhoff, G., Henningsen, E. (1985): Das deutsche Genossenschaftswesen. Entwicklung, Struktur, wirtschaftliches Potential. 1. Auflage, Frankfurt am Main: Fritz Knapp Verlag

International Credit Union System: <http://www.woccu.org/memberserv/intlcusystem> (12.05.2010)

Mikrofinanzwesen

Becchetti L., Conzo P (2010): The controversial effects of microfinance on child schooling: A retrospective approach, ECINEQ 2010-173 May 2010

Cull, R., Demirgüç-Kunt, A., Morduch, J. (2009): Microfinance meets the market, Journal of Economic Perspectives 23, 167-192.

Jain, P., Moore, M. (2003): What makes microcredit programmes effective? Fashionable fallacies and workable realities, IDS Working Paper 177, Institute of Development Studies

Maeser, Paul P. (2008): Mikrofinanzierungen - Chancen für die Entwicklungspolitik und Rahmenbedingungen für einen effizienten Einsatz, WP No. 39, 05/2008, ISSN 1436 3151, FHW Berlin

World Bank (2008): World Development Report 2008 – Agriculture for Development, World Bank, ISBN-13: 978-0-8213-6807-7 http://www.dermikrokredit.at/downloads/mikrokredit_Folder.pdf (12.05.2010)

Islamisches Bankwesen

Al-Jarhi, M., Iqbal, M. (2001): Islamic Banking. Answers to Some Frequently Asked Questions, Occasional Paper No.4, Jeddah: Islamic Research and Training Institute

Gait, A., Worthington, A. (2007): A Primer on Islamic Finance. Definitions, Sources, Principles and Methods, In: University of Wollongong, School of Accounting and Finance Working Paper Series, No. 07/05

Ethisches Bankwesen

Bouma, J.J., M. Jeucken and L. Klinkers (eds) (2001): Sustainable Banking: The Greening of Finance, Sheffield, Greenleaf/Deloitte and Touche.

The Evolution of Socially Responsible Investing - http://www.enn.com/top_stories/article/4540 (12.05.2010)



Jesus Crespo Cuaresma

im Gespräch

Jesus Crespo Cuaresma ist seit März Institutsvorstand am Institut für Geld- und Finanzpolitik. Er studierte Volkswirtschaft an der Universidad de Sevilla, dem Institut für höhere Studien und der Universität Wien. Er unterrichtet unter anderem Makroökonomie und Ökonometrie.

Das Interview führte **Dominik Bernhofer** und **Christoph Steininger**

Was hast du studiert und wo? Was waren die weiteren Stationen?

Ich habe Volkswirtschaftslehre in Sevilla, Spanien, studiert. Nach meinem Studium, bin ich nach Wien gekommen, zum Institut für Höhere Studien, wo ich das postgraduale „Program in Economics“ gemacht habe. Danach habe ich am IHS ein Jahr gearbeitet. Mein Doktorat habe ich an der Uni Wien absolviert. Dort war ich sechseinhalb Jahre Assistent. Danach wechselte ich für 3 Jahre an die Uni Innsbruck.

Warum hast du VWL studiert?

Ich habe mich schon immer für Mathematik und Philosophie interessiert, - die „Convex Combination“ von beidem war für mich die VWL.

Was war deine Motivation den Weg in die Forschung einzuschlagen?

Rein egoistisch, es macht super Spaß (lacht). Man hofft, dass man Themen behandelt, die für die Menschheit wichtig sind. Das übertreibt man ab und zu, am Ende werden unsere Ergebnisse oft von ca. 10 Freaks gelesen (lacht).

Du hast schon einige Institutionen und Universitäten kennen gelernt. Was waren die interessantesten Stationen?

Was man relativ schnell lernt ist, dass alle Unis, zumindest die ich kenne, die gleiche Art von Problemen und auch die gleiche Art von Leuten haben. Solche Menschen die sich schon selbst für das Uni-Leben selektiert haben.

Wenn man aber für alle Art von Forschungs- oder Politikinstitutionen arbeitet - in meinen Fall, für die OeNB, Weltbank, OECD, für die African Development Bank, usw. - findet man dort Leute die verschiedene Ausrichtungen haben. Das ist eine buntere Art von Gesellschaft. Es gibt interessante Menschen in beiden Welten. Die Uni ist eine besondere Art von Institution und ist weltweit viel homogener als man denkt. Es ist verblüffend wie ähnlich die Universitäten sind, wenigstens die, die ich besser kenne.

Wie gefällt dir die WU?

Ein bisschen zu früh um das sagen zu können. Ich bin hier sehr glücklich und hoffnungsvoll. Man sieht hier an der WU eine interessante demographische Wende. Gemeinsam mit mir sind Klaus Gugler und Harald Badinger an die WU gekommen. Wir sind alle drei unter Vierzig, und International sehr gut vernetzt. Das Gesicht der WU wird sich weiterentwickeln und ich freue mich besonders ein Teil von dieser Wende zu sein. Diese Zukunftsperspektive finde ich sehr spannend.

Was sind deine Forschungsschwerpunkte und aktuellen Projekte?

Es sind viele und sehr verschieden. Ich bezeichne mich als einen Makroökonometriker. Besonders makroökonomische Themen interessieren mich. Dort beschäftige ich mich mit verschiedenen Subdisziplinen, auch mit Methoden und immer in Verbindung mit Daten. Ich mache wenig Theorie, teste aber viele bestehende Ansätze. Andererseits entwickle ich auch neue ökonometrische Methoden, etwa im Bereich Modellungsgewissheit.

Gemeinsam mit Menschen der Nationalbank arbeite ich an vielen geldpolitischen Themen. Ich war involviert in der Forschung über Osteuropa und jetzt arbeite ich auch in der räumlichen Ökonometrie, ein Thema das mir jetztviel Spaß macht.

Thematisch bin ich an der Beziehung zwischen Bildung und Wirtschaftswachstum sehr interessiert. Hier bin ich in einem längerfristigen Projekt involviert, indem ich gemeinsam mit Wolfgang Lutz, ein Kollege an der WU und IIASA arbeite.

Du beschäftigst dich in dem angesprochen Projekt mit dem Zusammenhang von Bildung und Wirtschaftswachstum und festgestellst, dass es eine positive Korrelation gibt?

Ja, was gar nicht so einfach zu finden ist.

In den Daten?

Ja, in den Daten, weil die von schlechter Qualität waren. Wir haben in unserer Arbeit neue Daten verwendet, die die DemographInnen von der IIASA und das Vienna Institute of Demography entwickelt haben, was eine brutale Verbesserung der Bildungsdaten darstellt. Sie haben sich die Altersstruktur der Bevölkerung in Verbindung mit der Interaktion des Bildungsniveaus angesehen. Was wir unter anderem erstmals mit diesen Daten zeigen konnten, ist dass Bildung Einfluss auf Wirtschaftswachstum hat, sowie noch viele Details, wie zum Beispiel, dass Mittelschulbildung einen besonders starken Effekt hat, verglichen mit Grundschulbildung. Es ist wie gesagt ein großes Projekt, bei dem wir uns jetzt den indirekten Einfluss der Bildung auf das Wirtschaftswachstum, durch Änderungen der Institutionen, ansehen wollen. In „Population and Development Review“ werden wir ein Paper publizieren, das den empirischen Effekt der Bildung auf Demokratisierungsprozesse untersucht. Dort gibt es sehr interessante Ergebnisse, die bald veröffentlicht werden.

Ist es - entsprechend der Ergebnisse deiner Forschungsarbeit in diesem Bereich - nicht sinnvoller mehr Geld in die Universitäten zu investieren?

Natürlich, man muss auch bedenken, dass die Auswirkungen von Grundschul- und Mittelschulbildung, primär in Entwicklungsländern

wer unterrichtet dich?

relevant sind. Der Unterschied im Wachstum in entwickelten Ländern kommt nicht vom Mittelschulniveau, er kommt vom tertiären Bildungsniveau. Qualität spielt auch eine Rolle, wobei das nur schwer messbar ist. Quantitativ geht es darum, dass viele junge, besser gebildete AkademikerInnen in den Arbeitsmarkt kommen. Wie man das ändert ist klar, man investiert in Unis.

Viele Kolleginnen und Kollegen fragen sich was sie in Seminaren mit Prof. Cuaresma erwarten wird. Wie würden Sie ihren Zugang zur Lehre und ihr Verhältnis zu den Studierenden beschreiben? Welche Kurse werden Sie unterrichten?

Ich unterrichte gerade vertiefende Makroökonomie, Internationale Makroökonomie und Ökonometrie I, gemeinsam mit Harald Badinger. Ich werde nächstes Semester Makroökonomie für das Masterprogramm machen und die Fortsetzung für Ökonometrie I.

Meine Beziehung zu den Studierenden? Angespannt (lacht) nein, relativ entspannt, relaxed. Ich versuche so „down to earth“ und zugänglich wie möglich zu sein, aber gleichzeitig sind meine Erwartungen an die StudentInnen hoch. Bis jetzt hat es sehr gut funktioniert.

Was kann die Ökonomie zur Erklärung der aktuellen Krise beitragen? Teilst du die Kritik von Krugman, wonach sich die Ökonomie in der Mathematik verloren hat?

Teilweise auf jeden Fall. Das heißt aber nicht dass wir nichts gelernt haben. Krugman ist schließlich auch Journalist und überspitzt seine Kritik. Mathematik ist ein super Instrument. Zusammenhänge klar darzustellen und auch zu schätzen. Meine Frage ist, konnte die nicht-mathematische Forschung die Krise prognostizieren? Haben wir von ihr mehr gelernt als von der mathematischen? Ich würde sagen nein.

Die Kritik ist also nicht gerechtfertigt?

Im Nachhinein finde ich viel von der Kritik an den ÖkonomInnen und der Modellierung ungerecht. Erst kürzlich habe ich dazu ein Paper in einem Philosophie-Buch veröffentlicht. Das Problem ist, dass viele PolitikerInnen und ForscherInnen die Rolle der Abstraktion in unseren Modellen nicht verstanden haben. Unsere Modelle liefern unter gewissen Annahmen Vorhersagen, die wahr sein müssen. Von diesen Erkenntnissen zu politischen Entscheidungen sind es hundert Schritte und dort gehen viele Sachen falsch. Das klassische Beispiel ist die Atombombe. Wer ist verantwortlich dafür? Ist es Demokrit, Einstein oder Truman?

Aber liegt es nicht auch an den Modellen selbst? Ist es nicht so, dass die orthodoxe Ökonomie oft nicht daran denkt, ob ihre Annahmen noch realistisch sind, während die heterodoxe zumindest versucht die Zusammenhänge so zu modellieren wie sie sich wirklich darstellen?

Ein wesentlicher Unterschied ist, dass sich die Orthodoxie auf klar definierte Problemstellungen fokussiert hat, systemische Zusammenhänge aber nicht berücksichtigt. Hier hat die heterodoxe Ökonomie wichtige Beiträge geleistet. Prinzipiell sind beide gleich richtig oder falsch. Das Kriterium sind ihre Vorhersagen und ob wir sie falsifizieren können oder nicht. Die Frage ist, was folgt aus den Modellen die noch nicht falsifiziert wurden?

Du publizierst auch in heterodoxen Journalen, etwa dem Journal of Post-Keynesian Economics. Warum sind diese deiner Meinung nach in den herkömmlichen Rankings derart untergewichtet?

Ist das der Fall? Das Ranking der Journale entspricht meiner Meinung nach schon ihrer Bedeutung für die „Community“ als Ganzes. Wenn man an Wachstum arbeitet ist das Journal of Economic Growth natürlich wichtiger als Journale aus anderen Subdisziplinen. Am Ende aber ist es wichtig einen Durchschnitt zu bilden. Die Paranoia bezüglich der Rankings ist mir teilweise unverständlich. Es ist gut dass

es Rankings gibt, weil sich so mittelfristige Trends erkennen lassen. Welche Universitäten sind systematisch besser als andere oder gibt es junge Leute, die gute Sachen publizieren? Die Frage wie ich Rankings interpretiere und auch wie viel ich in sie hinein interpretiere, ist das wo ich irgendwann eine Grenze ziehe

Kannst du die Sorge der heterodoxen Strömungen verstehen marginalisiert zu werden?

Die überspitzte Diskussion zwischen Orthodoxie und Heterodoxie kann ich nicht verstehen. Es gibt in beiden Feldern gute und schlechte Forschung. Am Ende geht es um wissenschaftliche Ergebnisse und die dafür notwendigen Methoden. Davon gibt es viele und es setzen sich jene durch, die aus irgendeinem Grund wichtig sind.

Eine ganz andere Frage. Wo siehst du dich in 30 Jahren?

Wenn ich noch mehr arbeite als jetzt werde ich wahrscheinlich nicht mehr leben (lacht). In 30 Jahren bin ich über 60 (überlegt). Ich werde noch immer auf der Universität arbeiten, wahrscheinlich auf dieser. Ich habe nicht vor so bald in Pension zu gehen (lacht).

Neun Fragen an Jesus Crespo-Cuaresma



Was isst du zum Frühstück?

Kaffee auf jeden Fall. Toastbrot mit Butter oder Olivenöl, in Spanien auch Tostada genannt.

Wie kommst du täglich zur WU?

Zu Fuß oder mit der Straßenbahn. Ich habe keinen FührerInnen-schein.

Wer ist dein/e Lieblingsökonom/in?

Die Frage ist etwas komisch gestellt. Ich kenne viele ÖkonomInnen die meine FreundInnen sind, aber deren Forschung mich nicht interessiert und umgekehrt. Dementsprechend habe ich keine/n Lieblingsökonom/in. Mein Lieblings-Modell aber ist auf jeden Fall das Solow-Modell.

Was war dein Lieblingsfach in der Schule?

Mathematik und später dann auch Philosophie

Was war dein Berufswunsch vor Studienbeginn?

Lehrer.

Was würdest du heute studieren und wo?

Wo ist egal. Das Interesse ist entscheidend. Ob ich heute nicht eher Statistik studieren und mir die Ökonomie später aneignen würde weiß ich nicht. Aber wahrscheinlich würde ich es wieder umgekehrt machen.

Was ist dein Lieblingsbuch?

Ich habe viele und keines hat etwas mit Ökonomie zu tun. Ein einziges Lieblingsbuch habe ich nicht, wenn dann nur eine Liste mit 20 Büchern (lacht).

Was war deine letzte Urlaubsdestination und wo wirst du als nächstes hinfahren?

Spanien und Spanien. Ich habe Familie dort. Ob das Urlaub ist, ist eine andere Frage (lacht).

Wen wolltest du schon immer mal kennen lernen?

Meine Frau.

